

Volksmacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Organ für die werktätige Bevölkerung.

Telephon
Redaktion 3141.

Telephon
Expedition 1206.

Nr. 264.

Breslau, Freitag, den 10. November 1916.

27. Jahrgang.

Eine Friedensrede des Kanzlers!

Wer trägt die Schuld? — Wer will den Frieden?

Aus allen englischen Rundgebungen der letzten Kriegszeit klingt uns die schneidende Behauptung entgegen: Deutschland hat uns, Deutschland hat ganz Europa in dieses Blutbad gestürzt, wir werden den Krieg nicht eher beenden, als bis es für diesen frivolen Friedensbruch abgestraft ist und wir wollen das Strafgericht so gründlich vollziehen, daß ihm ein ähnliches Verbrechen nie wieder in den Sinn kommen kann. Auch aus Greys letzter Rede klingt dieser anschluldige Ton scharf hervor. Da das Kriegsende in dieser Weise aufs neue mit dem Kriegsausbruch, mit der Schuld an diesem Kriegsausbruch, verknüpft war, sah sich der deutsche Reichskanzler gestern veranlaßt, im Reichstagsausschuß das Wort zu ergreifen und die Entstehungsgeschichte des Krieges noch einmal aufzurollen, wie sie sich vor seinen Augen abgewickelt hatte. Er brachte dabei neue wichtige Belegstücke für die Einwirkung, die Deutschland in den kritischen Tagen auf Oesterreich versucht hat, um unsere Verbündeten vor unvorsichtigen Schritten zurückzuhalten und er gab mindestens ein neues Alibi, daß die russische Mobilmachung tatsächlich als eine Kriegserklärung gegen Deutschland anzusehen war.

Was er aber vor allem bringt, war die Bereitwilligkeit, an einem Völkerbunde zur Herbeiführung und zur dauernden Erhaltung des Völkerfriedens mitzuwirken, er will wie Grey die Bewältigung eines künftigen Weltkrieges von der Menschheit fernhalten! Diese Bereitwilligkeit und die erneute Versicherung, daß Deutschland, daß mindestens er selbst und sein Herr diesen Krieg wahrhaftig nicht gewollt haben, ist ein wichtiges Glied in den Vorbedingungen des kommenden Friedens und mit Recht scheint uns der „Vorwärts“ zu sagen: „In dieser Rede des Reichskanzlers hört man die Schwingen der Zukunft rauschen, die uns das Ende des Krieges schreien bringen wird.“ Wir hätten gewünscht, der Kanzler wäre noch einen Schritt weiter gegangen und hätte vor das eigene Volk und alle feindlichen Völker die plastischen einfachen Worte gesagt:

„Wenn es nach Deutschland ginge, wüßte ein großer Teil der Krieger am Weihnachtsabend daheim bei den Lieben sein.“

Die Wirkung einer solchen kurzen und klaren Rundgebung drinnen und draußen müßte eine große sein, ihr Inhalt entspricht, wie wir wissen, der Wahrheit und sie müßte eine Krönung der sachlichen und friedensfreundlichen Kanzlerrede sein, die praktische Resultate zeitigen kann. Wir wollen hier, daß diese Resultate auch so eintreten, und verweisen unsere Leser auf die nachstehenden Ausführungen Bethmann-Hollwegs und die an anderer Stelle mitgeteilte Auseinandersetzung der Abgeordneten.

Reichskanzler v. Bethmann-Hollweg:

Meine Herren! Der Gang der Reichstagsverhandlungen hat es mir nicht ermöglicht, noch im Plenum das Wort zu Ausführungen allgemeiner politischer Art zu ergreifen. Ich glaube aber, der Bedeutung, welche ich auf diese Ausführungen lege, vollkommen gerecht zu werden, wenn ich sie vor dem Forum des Hauptausschusses mache und habe deshalb diesen Herrn Vorsitzenden um Anberaumung der heutigen Sitzung gebeten.

Meine Herren! Der Kern der eingehenden Besprechungen, welche hier im Hauptausschuß in allen vergangenen Wochen geführt worden sind, ist schließlich immer die Frage nach dem Fortgang und der

Bereitigung des Krieges

gehehen. Bei unseren Feinden ist in der Regel nur von der Fortsetzung des Krieges die Rede. Auch Lord Grey hat daran in seiner Rede vor dem Auslands-Presseverein gesprochen. Der englische Minister hat dabei ein Wort ausgesprochen, das ich gefallen zu werden verbitte. Er sagte: „Von heute an ist es nicht mehr die Fortsetzung des Krieges, sondern die Beendigung des Krieges, welche die Aufmerksamkeit der Welt auf sich ziehen wird.“ Wenn es wahr wäre, daß der Krieg Deutschland aufgeben würde, dann ist es mir leicht, wenn Deutschland sich selbst gegen einen künftigen Angriff verteidigen. Das ist ein innerer, innerer, innerer Kampf. Deshalb ist es nicht die Beendigung des Krieges, sondern die Beendigung des Krieges, welche die Aufmerksamkeit der Welt auf sich ziehen wird. Ich habe deshalb diesen Herrn Vorsitzenden um Anberaumung der heutigen Sitzung gebeten.

dieser Frage auch für die Friedensbedingungen wieder bekräftigt, und die wir ihr innerer beigemessen haben, bin ich genötigt, den Tatbestand wieder einmal festzustellen und die Mittel zu zerstreuen, mit denen unsere Gegner den Sachverhalt zu verwickeln suchen. Ihnen gegenüber, meine Herren, kann ich dabei allerdings nur Bekanntes wiederholen.

Der Akt, der den Krieg unvermeidlich machte, war die russische Generalmobilmachung

die in der Nacht vom 30. auf den 31. Juli 1914 angeordnet wurde. Rußland, England, Frankreich, die ganze Welt wußte, daß dieser Schritt uns ein längeres Zuwarten unmöglich machen würde, daß dieser Schritt gleichbedeutend mit der Kriegserklärung war. In der ganzen Welt, auch in England, beginnt man sich über die verhängnisvolle Bedeutung der russischen Mobilmachung klar zu werden. Die Wahrheit bricht sich Bahn. Ein englischer Gelehrter von Welt Ruf hat vor einiger Zeit geschrieben: „Alle Leute würden anders über das Kriegsende denken, wenn sie über den Kriegsanfang besser Bescheid wüßten, besonders über den Tatbestand der russischen Mobilmachung.“

Kein Wunder, wenn Lord Grey bei seiner neuen Rede an der russischen Mobilmachung nicht vorbeigehen konnte. Er sah sich gezwungen, von der russischen Mobilmachung zu sprechen. Er konnte nicht mehr bestreiten, daß die russische Mobilmachung der deutschen und der österreichischen Mobilmachung vorausging, aber da er die Schuld am Krieg von der Entente abwenden will, macht er den gewagten Versuch, durch eine ganz neue Lesart die russische Mobilmachung als das Werk Deutschlands hinzustellen. Lord Grey hat ausgesprochen: Rußland hat erst mobilgemacht, nachdem in Deutschland ein Bericht erschienen war,

daß Deutschland die Mobilmachung befohlen habe,

und nachdem dieser Bericht auch telegraphisch telegraphisch worden war. Unter Hinweis auf die angebliche Fälschung der Smyer Depesche von 1870 fügte er hinzu, daß in dem von uns getriebenen Augenblick ein Mann über gemacht worden sei, um ein anderes Land zu einer Verteidigungsmassnahme zu provozieren, und daß dann diese Verteidigungsmassnahme von uns mit einem Ultimatum beantwortet worden sei, das den Krieg unvermeidlich gemacht habe.

Es ist 24 Jahre gedauert, bis Lord Grey auf diese eben so neue wie objektive Lesart der Kriegsurkunde gekommen ist. Der Vorgang, auf den er anspielt, ist bekannt. Das Dokument, das seiner Beweisführung zugrunde liegt, ist ein Extrablatt des „Berliner Lokalanzeigers“.

Die Herren erinnern sich vielleicht, daß am Donnerstag, den 30. Juli 1914, in den frühen Nachmittagsstunden der „Lokalanzeiger“ in Form eines Extrablattes die Halbochmeldung ausgab, daß Seine Majestät der Kaiser die Mobilmachung befohlen habe. Die Herren wissen auch, daß auf der Stelle der Verkauf dieses Extrablattes polizeilich verhindert und die vorhandenen Exemplare beschlagnahmt worden sind. Ich kann außerdem feststellen, daß der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes alsbald dem russischen Botschafter und gleichzeitig auch alle übrigen Botschafter telegraphisch davon unterrichtet, daß die vom „Lokalanzeiger“ ausgegebene Nachricht falsch sei. Ebenso wurde die Botschaft alsbald von der Redaktion des „Lokalanzeigers“ unterrichtet, daß ein Versehen vorlag.

Ich kann weiter erzählen, daß der russische Botschafter am Montag nach Ausgabe des Extrablattes eine diplomatische Meldung nach Petersburg telegraphisch hatte, die nach dem russischen Drahtnetz lautete: „Ich erlaube, daß die Mobilmachungsbefehle für das deutsche Landheer und die deutsche Flotte sofort verkündet werden ist; daß aber diesem Telegramm nach der telephonischen Mitteilung durch den Staatssekretär von Jagow ein zweites in offener Sprache folgte, das lautete: „Ich bitte mein letztes Telegramm als nichtig zu betrachten. Aufklärung folgt.“ Wenige Minuten darauf lautete der russische Botschafter in offiziellem, Sprache ein drittes Telegramm, das nach dem russischen Drahtnetz besagte, der Minister des Auswärtigen habe ihm sofort in diesem Augenblick telephoniert, daß die Nachricht von der Mobilmachung des Landes und der Flotte falsch ist, und daß die betreffenden Extrablätter beschlagnahmt worden seien.

Das sofortige Eingreifen des Staatssekretärs von Jagow zur Richtigstellung der falschen Meldung — ein Eingreifen, das in dem offiziellen russischen Drahtnetz in dem Telegramm des Botschafters Serebrowa bestätigt wird — widerlegt alle schon die Behauptung Lord Greys.

daß wir Rußland absichtlich täuschen wollten,

um es zur Mobilmachung zu veranlassen. Ich kann aber auch feststellen, daß nach den Erhebungen der kaiserlichen Fernsprechanstalt über die Abgangzeiten der Telegramme des russischen Botschafters diese nach dem russischen Drahtnetz telephonisch angeordnet sein müssen. Die russische Regierung kann also nur einen kurzen Augenblick in dem internationalen Glanz der Welt gesehen haben, daß in Deutschland die allgemeine Mobilmachung angeordnet worden ist. Ich kann weiter erzählen, daß die russische Regierung telephonisch dem russischen Botschafter in offiziellem, Sprache ein drittes Telegramm, das nach dem russischen Drahtnetz besagte, der Minister des Auswärtigen habe ihm sofort in diesem Augenblick telephoniert, daß die Nachricht von der Mobilmachung des Landes und der Flotte falsch ist, und daß die betreffenden Extrablätter beschlagnahmt worden seien.

Ich kann weiter erzählen, daß die russische Regierung telephonisch dem russischen Botschafter in offiziellem, Sprache ein drittes Telegramm, das nach dem russischen Drahtnetz besagte, der Minister des Auswärtigen habe ihm sofort in diesem Augenblick telephoniert, daß die Nachricht von der Mobilmachung des Landes und der Flotte falsch ist, und daß die betreffenden Extrablätter beschlagnahmt worden seien.

an die sämtlichen russischen Streitkräfte bereits ergangen war, an Seine Majestät den Kaiser auf dessen letzten Friedenswunsch telegraphisch. „Es ist technisch unmöglich, unsere militärischen Vorbereitungen einzustellen, die durch Oesterreich-Ungarns Mobilisierung notwendig geworden sind.“ — Kein Wort vom „Lokalanzeiger“, kein Wort von der deutschen Mobilmachung! Nur beiläufig erinnere ich daran, daß auch der Hinweis des Jaren auf die angebliche Mobilisierung Oesterreich-Ungarns keinen Grund für die russische allgemeine Mobilmachung abgeben konnte. Oesterreich-Ungarn hätte zu des Stunde, als die allgemeine Mobilmachung in Rußland angeordnet wurde, lediglich acht Armeekorps angeführt des Kommandos mit Serbien auf Kriegszug gesetzt. Rußland hätte diese Maßnahmen bereits am 29. Juli mit der Mobilmachung von 13 Armeekorps beantwortet. Seit dem 25. Juli waren von Oesterreich-Ungarns Seite keine weiteren militärischen Maßnahmen ergriffen worden, die Rußland irgend eine Veranlassung zu der

einer Kriegserklärung gleichkommenden allgemeinen Mobilmachung

hätten Veranlassung geben können. Erst nachdem die allgemeine Mobilmachung in Rußland erfolgt war, ist Oesterreich-Ungarn am Donnerstag des 31. Juli auch seinerseits zur allgemeinen Mobilmachung übergegangen. Wir untererseits haben selbst kaum noch Bewegung und Geduld gehabt bis zur äußersten Grenze der Rücksicht auf unsere eigene Existenz und der Verpflichtung gegenüber unserem Bundesgenossen. Wir hätten ja schon am 29. Juli, als Rußland gegen Oesterreich mobilisiert hatte, auch unsererseits mobilisieren können. Der Wortlaut unseres Bündnisses mit Oesterreich-Ungarn war bekannt. Niemand hätte unsere Mobilisation als Aggression bezeichnen können. Wir haben es nicht getan. Aber auch auf die Nachricht von der russischen allgemeinen Mobilmachung haben wir zunächst nur mit der Verkündung des Zustandes der drohenden Kriegserklärung geantwortet, die nach nicht Mobilmachung bedeutet. Wir haben das der russischen Regierung mitgeteilt und hinzugefügt, daß die Mobilmachung folgen müsse, falls nicht Rußland binnen 12 Stunden jede Kriegsmassnahme gegen uns und Oesterreich-Ungarn einstelle und uns hierüber bestimmte Erklärung abgebe. Wir haben damit Rußland selbst als das Schuldige des Krieges durch seine Schuld bereits abgewendet, noch einmal eine Frist gegeben, sich zu bestimmen und im letzten Augenblick den Weltfrieden noch zu retten. Wir haben auch Rußlands Verbündeten und Fremden durch diesen Aufftrag im letzten Augenblick noch einmal die wichtigste Möglichkeit gegeben,

auf Rußland zu Gunsten des Friedens einzubringen.

Es war umsonst. Rußland ließ uns ohne Antwort. England verweigerte gegenüber Rußland in Schweden, Frankreich leugnete durch den Mund seines Ministerpräsidenten gegenüber unserem Botschafter noch am Abend des 31. Juli die Tatsache der russischen Mobilmachung einfach ab und verfügte keine eigene Mobilmachung einige Stunden früher als wir unsererseits zur Mobilmachung schritten.

Was übrigens den angeblich denselben Charakter der russischen Generalmobilmachung betrifft, so will ich hier ausdrücklich feststellen, daß bei Ausbruch des Krieges 1914 noch eine im Jahre 1913 erlassene allgemeine Anweisung der russischen Regierung für den Mobilmachungsfall in Kraft war, die wörtlich folgende Stelle enthält: „Mehrfach ist befohlen, daß die Verkündung der Mobilisation zugleich die Verkündung des Krieges gegen Deutschland ist.“

Gegen Deutschland! 1912 gegen Deutschland!

Es ist unerschütterlich, wie angelehnt dieses allerniedrigsten Tatbestandes Lord Grey der Welt und seinem eigenen Lande mit der Geschichte von einem Raubverbrechen kann, mit dem die den feindsichtigen Russen die Mobilmachung gegen seinen Willen durch eine plumpe Täuschung über unsere eigenen Maßnahmen erzwungen haben! — Nein, die Wahrheit ist: Nie und nimmer hätte Rußland den Entschluß zu dem vorhängenhaltenden Schritt gefaßt,

wenn es nicht von der Thematik her durch Handlungen und Unterlassungen zu diesem Schritt erzwungen worden wäre.

Ich erlaube an die Geschichte zu der Stunde, als Rußland den Befehl der allgemeinen Mobilmachung erhielt. Bekannt ist die Instruction, die ich am 30. Juli an unseren Botschafter nach Wien gab. In dieser Instruction lagte ich der österreichisch-ungarischen Regierung eine unmittelbare Herabsetzung mit Rußlands Zwangsmaßnahme vor und sprach ausdrücklich aus,

daß Deutschland nicht wünsche durch Nichterfüllung unserer Forderungen in den Weltfrieden hineingezogen zu werden. Lord Grey weiß auch genau, daß ich am 29. Juli dem österreichischen Botschafter in Wien eine solche Instruction gab, die als geeignete Grundlage für die Verkündung des Krieges gegen Deutschland dienen konnte. Ich habe auch dem österreichischen Botschafter in Wien telegraphisch mitgeteilt, daß ich am 29. Juli dem österreichischen Botschafter in Wien eine solche Instruction gab, die als geeignete Grundlage für die Verkündung des Krieges gegen Deutschland dienen konnte.

...gegenüber. Deutschland habe infolge der ...

Wir müssen daher dem Wiener Kabinett dringend ...

Die Neuauflösung für die sonst eintretenden Folgen ...

Dem stelle ich folgende Schritte Lord Grey ...

gegenüber: Am 27. Juli 1914 gab er auf Bemerkung ...

Dieser Eindruck wird durch die Befehle ...

Am 28. Juli gab Grey von seiner ...

Stünde die seit Tagen bringend verlangte ...

Sicherheit der englischen und französischen ...

Der ist nun schon an dieser ...

Sir, Sie mit dem Wiener Kabinett ...

ist bereits die russische ...

Siein eigenen Vorgehensrichting ...

Siehe die deutsche ...

Das ...

Das ...

das England ... die Hände ...

Hätte England diese Neutralitätserklärung ...

Wer hat den Krieg gewollt?

Wir, die wir England jede ...

Meine Herren! Ich wiederhole, alle diese Dinge ...

als sei Deutschland der ...

so gründlich als möglich zu ...

mit der ...

mit der Gründung eines internationalen ...

Wenn bei und nach ...

Dabei wird das Prinzip ...

Grundsätze der neuen ...

Uns ...

Herrschaft über ...

den ...

Aber diese ...

Die ...

Die ...

Das ...

Das ...

Das ...

Das ...

Das ...

Das ...

...den wir von Anfang an in der ...

An der ...

Der ...

Die englische ...

Alle ...

Wir sind der Meinung, daß es der Welt ...

Die unentschiedene Wahl.

Berlin, 9. November. Nach einem bei der ...

New York, 9. November. Meldung des ...

Wer ist gewählt?

Amsterdam, 9. November. Was ...

Das ...

Rumänien und Dobruđa.

Großes Hauptquartier, 9. November 1916. (Amtlich.)

Westlicher Kriegschanplatz.

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht.

Angriffsabteilungen der Engländer und Franzosen zwischen Le Sars und Boucharoenes, sowie südlich der Somme bei Pressoire erstikten fast durchweg schon im Sperrfeuer.

Ostlicher Kriegschanplatz.

Front des Generalfeldmarshalls Prinz Leopold von Bayern.

An der Front beiderseits der Bahn Boczow-Tarnopol lebte der Feuerkampf wesentlich auf.

Front des Generals der Kavallerie Erzherzog Carl.

Im nördlichen Syergyo-Gebirge wurden russische Angriffe abgeschlagen.

Bei Belbar und im Tolegnes-Abchnitt warfen russische deutsche Angriffe die vorgehenden Russen zurück.

Südlich des Rosten-Zurm-Kliffs wurde in Fortsetzung unserer Angriffe der Baisi-Abchnitt überschritten und Sordob mit den beiderseits anschließenden Höhenstellungen genommen. Wir haben etwa 150 Gefangene gemacht und zwei Geschütze erbeutet. Rumänische Gegenangriffe hatten hier ebensowenig Erfolg wie im Predeal-Abchnitt und im Vulkan-Gebirge.

Valkan-Kriegschanplatz.

Heeresgruppe des Generalfeldmarshalls von Madensien.

In der nördlichen Dobruđa wichen vornehmlich die Aufklärungsabteilungen beschlagesgemäß dem Kampf mit feindlicher Infanterie aus.

Mazedonische Front.

Keine Ereignisse von besonderer Bedeutung.

Der Erste General-Quartiermeister. Lubendorf.

Amtliche Berichte der Verbündeten.

Der österreichische Bericht.

Wien, 9. November. (Amtlich.)

Ostlicher Kriegschanplatz.

Heeresfront des Generals der Kavallerie Erzherzog Carl. Südlich und südwestlich des Spardak-Passes blieben die russischen Angriffe abermals erfolglos. Bei Srdni machten wir weitere Fortschritte. 150 Gefangene und zwei Geschütze wurden eingebracht. Westlich von Tolegnes und bei Belbar wurden hier vorgegangene Russen durch deutsche Truppen wieder getrieben.

Heeresfront des Generalfeldmarshalls Prinz Leopold von Bayern.

Außer lebhafter Feuerfähigkeit an der Front beiderseits der Bahn Boczow-Tarnopol keine Ereignisse.

Italienischer Kriegschanplatz.

Die Lage ist unverändert.

Südlicher Kriegschanplatz.

An der Bojsa hellenweise mächtige Artilleriefeuer.

Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabes. von Hofer, Feldmarschall-Rentner.

Der bulgarische Bericht.

Sofia, 9. November. Bericht des Generalstabes vom 8. November. Mazedonische Front: Südlich des Malk-Ses haben wir abgewiesene feindliche Kavallerie, die vorzudringen versuchte, zurückgeworfen. Westlich vom Brepassee und im Cerna-Bogen Geschützkämpfe, wie gewöhnlich. An der Moglena-Front Geschützkämpfe und Minenarbeit. Ein feindlicher Angriff wurde in der Nacht zum 8. November durch Feuer abgewiesen. Beim Rückzug verlor der Feind einen seiner Gräben. Beiderseits des Warbar einzelne Kanonenschüsse. An der Front der Pelagonia Planina und der Struma unwirksames feindliches Geschützfeuer auf bewohnte Dörfer vor unserer Stellung und Gesechte zwischen Erdunung- und Nachabteilungen. An der Küste des Ägäischen Meeres Ruhe.

Rumänische Front: Sines der Donau nur an einzelnen Abschnitten Geschützkämpfe und Gewehrfeuer. An der Dobruđa keine Gefechte mit feindlichen Aufklärungsabteilungen, die gegen unsere Stellungen vorzudringen versuchten. Im Schwarzen Meer Ruhe.

Der türkische Bericht.

Konstantinopel, 9. November. Amtlicher Bericht des Generalstabes vom 8. November.

Raufas-Front: Für uns günstige Scharnmöhle. Die Verbindung einer Aufklärungsabteilung, die aus Armeniern bestand und sich unserer Stellung zu nähern versuchte, wurde abgeschnitten und ihre Mannschaften vernichtet, mit Ausnahme von vier Mann, die lebend in unsere Hände fielen und zu Gefangenen gemacht wurden. Kein wichtiges Ereignis auf den anderen Fronten.

Was soll in Griechenland werden?

London, 9. November. „Daily Telegraph“ meldet aus Athen vom 7. November: Zu dem Schiffsfahrtsstreik ist heute ein stiller Stand des Personals der Eisenbahnen in Attika getreten und es wird vielleicht ein allgemeiner Eisenbahnstreik folgen. Da ganz Griechenland für seine tägliche Lebensmittelversorgung von den Vorräten im Piräus abhängt, würde ein längerer Streik eine Hungersnot zur Folge haben.

Lugano, 9. November. Aus Athen wird gemeldet: Die Entente verlangt von der griechischen Regierung außer der Auslieferung der gesamten Artillerie mit Munition auch die Uebergabe von 60 000 Gewehren. Ferner verlangt man die Genehmigung zur Verlegung des Sitzes der serbischen Regierung von Korfu nach Volos in Thessalien.

Der Krieg auf den Meeren.

Berlin, 10. November. Der „Post.“ wird aus Amsterdam gebracht: Der englische Dampfer „Eosa“ aus Suffort (7 800 Tons) ist versenkt worden.

Christiania, 9. November. Nach einer Mitteilung an das Ministerium des Neuen wurde der Dampfer „Lulaug“ am 7. November von einem deutschen Unterseeboot vor dem Kap Le Maire versenkt. Ein Boot mit dem Kapitän und drei Mann ist in Le Maire eingetroffen. Das zweite Boot mit dem Steuerermann, Maschinenisten, Koch und zwei Matrosen wird noch vermisst.

Kopenhagen, 9. November. „Politiken“ meldet: Die dänischen Marinebehörden wollen das Wrack des deutschen Unterseeboots, das bei Harboere gestrandet ist, näher untersuchen lassen. Eine Militärabteilung ist gestern in Harboere eingetroffen. Es wird untersucht, welchen Schaden das Unterseeboot erlitten hat. Sobald sich der hohe Seezugang gelöst hat, wird das Wrack in Besitz genommen. Zeigt sich, daß es nicht entzinkt werden kann, soll es gerettet werden, wozuf die einzelnen Bootsteile aumöglichst verpackt werden sollen.

Ein Erfolg im nördlichen Eismeer.

Die Ladung des im nördlichen Eismeer von einem 388-Boote vertriebenen russischen Dampfers „Sibir“ von 3688 B.-L.-L. war für das russische Meer bestimmt. Unter ihr befinden sich, wie aus der jetzt eingetroffenen Ladeliste hervorgeht, unter anderem 125.500 Stück 7,5-Zentimeter-Granaten mit Zündern, 42.000 Stück 7,5-Zentimeter-Darfstich, 14.001.000 Schrapnell für Mitralieken, 200.000 Stück 3,7-Zentimeter-Granaten, 300 Stück 50-mm Granaten und 5000 Stück 12-Zentimeter-Grenaten und ebenso viele Granaten, 1.576 000 Patronen für Maschinengewehre, 5000 Zündschnuren, 60.000 Stahlfelme, 10.000 Gewehre, 100 Maschinengewehre (System Hotchkiss), 20 Stück 5,8-Zentimeter-Mörser, 360 Pakete für Maschinengewehre und Munition, 8 Autos, 38 Lawrenautos, 20 Dampfwagen, 5 Kranwagen, 3 Sanitätswagen mit vollständiger ärztlicher Ausrüstung, 2 Flugzeughüllen, 5 Luftballons mit Zubehör, 883 Tonnen Stahl in Rollen, 29 Tonnen Mehl, 29 Tonnen Schwefel, 8,5 Tonnen Blei, 62 Tonnen Kohlen und Dynamit.

Der Wert der Ladung wird auf 28 Millionen Mark, der Wert des neuen Schiffes auf etwa 2,5 Millionen Mark geschätzt, jedoch mit der Verletzung des Schiffes insgesamt ein Geldschaden von mindestens 25 Millionen Mark entstanden ist.

Amtliche Berichte der Gegner.

Französischer Heeresbericht vom 8. November nachmittags.

Südlich der Somme verlief die Nacht verhältnismäßig ruhig. Die Deutschen beschränkten sich darauf, die neuen französischen Stellungen im Abschnitt der Zuckerfabrik Ablaincourt zu beschließen. An der übrigen Front zeitweise unterbrochene Geschützfeuer.

Flugwesen: Zwei deutsche Flugzeuge wurden im Luftkampf nördlich von Pont-a-Mousson abgeschossen. Eins fiel bei Dieville-en-Vance, das andere in der Richtung Richey-sur-Trey nieder.

Mutterrecht.

Roman von Friedrich Thieme.

„Herr Jenge“, rief der Präsident ihn an, Ihre Persönlichkeit steht in diesem Drama eine keineswegs bedeutende Rolle. Wir sind nicht hier, über Ihr Verhalten gegen Ihre geschiedene Frau Gemahlin zu urteilen; das steht aber, über das wir hier zu Gericht sitzen, würde wohl heute nicht eine im ganzen bedauernde Person auf die Anklagebank gezwungen haben, wenn Ihr Verhalten gegen diese Person sie nicht zur Verzweiflung getrieben hätte. Ich habe das Gesetz auf meiner Seite“, versetzte Baron von Wolfersbrun. „Allerdings — aber Sie verdanken den Erfassung des Gesetzes nicht Ihrer gerechten Sache, sondern einer Lässigkeit, welcher Ihre Gattin zum Opfer gefallen ist. Beeinträchtigt von den Pöbeln und Verleumdungen Ihres Herrn Vaters, hat sie barzeln gewilligt, die Scheidung der Ehe auf eine Weise herbeizuführen, die das Gesetz an die Hand gibt und die sie als den schuldigen Teil erscheinen ließ. Sie hat nicht recht daran getan, und ist in der Tat grausam betrogen worden. Vielleicht hätte sie besser getan, zu versuchen, ob nicht doch auf gerichtlichem Wege etwas zu erklangen sei. Gätten Sie, wie man von einem Ehrenmann wohl erwarten dürfte, die von Ihrem Vater mit Ihrer Bewilligung gegebenen Korrekturen gehalten — diese junge Frau würde nicht hier, angeklagt eines schweren und schrecklichen Verbrechens!“ Der Baron hob gereizt den Kopf auf. „Ich glaube, als Jenge Kaputt auf eine rätselhafte Weise Behandlung zu haben“, rief er herausfordernd. „Statt dessen greift der Herr Präsident die Ehe an. Ich werde an zu Unbilliger Stelle über die mir zuzuführende Behandlung Beschwerde führen.“ „Das Sie das“, rief der Präsident ihn schwebend laut zurück. „Meine Entscheidung zu dem von meinem Vater abgezeichneten Vertrag ist nicht gegeben worden — ich besaß mich in einer Zwangslage und mußte wohl oder übel gute Miene zum bösen Spiel machen. Trotzdem hätte ich auch nach jenem Tode alles beim alten belassen, wenn nicht das schreckliche Verbrechen gewesen wäre.“ „Sie sagen Mordanschlag, weil es Ihnen nur den Nichtwiderspruch, während der Ehe des eigentlichen Vermögens Ihrer Gemahlin war?“ „Gewiß. Nachdem das Leben meines Kindes von so großer Bedeutung für mich geworden war, konnte ich es nicht freilassen.“ „Sie sagen, das Leben des Kindes war von so großer Bedeutung für mich geworden war, konnte ich es nicht freilassen.“ „Sie sagen, das Leben des Kindes war von so großer Bedeutung für mich geworden war, konnte ich es nicht freilassen.“

griffeschwach, die treue Pflege der Mutter garantierte ihm ein längeres Leben als die Wartung von fremder Hand.“ Der Zeuge jankte finstern die Frauen. Nach einigen Gedanken erwiderte er: „Vielleicht ist das richtig — aber die Frau, welcher ich das Kind überlassen sollte, hätte mich — ihr dürfte ich es nicht anvertrauen.“ „Nicht ein anderes Motiv soll für Sie maßgebend gewesen sein.“ Sie liebten Ihre geschiedene Gattin noch und wollten Sie durch den Besitz des Kindes zwingen, die Ehe mit Ihnen wieder einzugehen. „Ja das so?“ Verlegen parierte der Baron vor sich nieder. Der Präsident bestand nicht auf der Antwort. „Halten Sie Ihre Gemahlin des Verbrechens für schuldig, dessen man sie bezichtigt?“ „Wie kann ich anders, da schwerwiegende Beweise vorhanden sind. Es bleibt mir keine andere Möglichkeit.“ „Und wenn die Beweise nicht vorlägen — wenn nur ein Verdacht vorhanden wäre? Würden Sie sie dann der Tat für schuldig erachten?“ „Nein.“ „Und doch haben Sie sie zuerst angeklagt?“ „Zu der Anklageung des Moments. Der Verfall des Meinen Lebens traf mich wie ein Betterschlag, ich verlor alle Beherrschung, was mir sonst selten zuträfe. Und da sie mich schon einmal gedroht hatte.“ „Wie? Sie hatte Ihnen gedroht?“ „Gewiß. Bei einer der Ehenen, die wegen des Kindes zwischen uns stattfanden, hatte sie gesagt: Rimm dich zu acht, du wirst nicht, was du aus mir machst! Ich will den Knaben lieber tot als in deinen Händen sehen.“ „Ja das wahr, Angeklagte?“ „Ich entlasse mich nicht mehr, stelle aber die Wahrscheinlichkeit nicht in Abrede“, erklärte Marga nach längerem Besinnen. „Trotzdem erklären Sie Ihrer Gattin die Bitte, sie zur Pflege des Kindes zuzulassen?“ Der Baron bejahte. „Sie war gar so aufgeregt — außerdem dachte ich nicht, daß sie die Drohungen ernstlich meinte. Ich fürchtete auch für des Kindes Leben und health, die Liebe der Mutter werde eher als eine, wenn auch noch so liebevolle, fremde Sorge das selbe zu erhalten vermögen.“ „Gehr richtig. Und das Kind genas in der Tat. Nun hatte der Knabe seine Schuligkeit getan und konnte gehen. Sie fliehen der armen Mutter den Knaben vor die Tür und treiben sie dadurch zu einem Akt der Verzweiflung?“ „Baron Ulrich äußerte in seiner Verwirrung, daß er sich nicht überreden ließ.“ „Nicht der eigentliche Grund? So gab es noch einen anderen?“

über. In der Nacht auf den 7. November warfen acht französische Bombenwerfer-Flugzeuge 1200 Kilogramm Geschosse auf den Flugplatz von Frescati und 1200 Kilogramm auf den Militärbahnhof von Chembly. Die Ziele wurden getroffen.

Orientalarmee: Im Cerna-Bogen griffen die Bulgaren dreimal die serbischen Stellungen an. Von heftigem Artillerie- und Maschinengewehrfeuer zurückgeworfen, zogen sie sich in ihre Ausgangsstellungen zurück und ließen zahlreiche Leichen auf dem Gelände. Auf der übrigen Front Artilleriekämpfe und Infanterie-Unternehmungen. Französische Flugzeuge beschossen feindliche Lager in der Gegend nördlich von Monastir.

Vom 8. November abends: Nördlich der Somme zerstreute unsere Artillerie feindliche Ansammlungen südlich von Sailly. Südlich der Somme beschloß der Feind unsere gestern eroberten Stellungen festzuhalten. Unsere Batterien bekämpften die feindliche Artillerie wirkungslos und nahmen auf dem Marsche befindliche Truppen südlich und nordöstlich von Chaumes unter Feuer. Die Zahl der getöteten von uns gemachten Gefangenen erhöht sich zurzeit auf 659, darunter 11 Offiziere. Auf dem rechten Maasufer war der Artilleriekampf besonders lebhaft in den Gegenden von Damlow und Douaumont.

Belgischer Bericht: Außer ziemlich lebhaftem Bombenbomben in der Gegend von Voefinghe ist nichts Besonderes von der belgischen Front zu melden.

Englischer Heeresbericht vom 8. November: Während der Nacht wurde unsere Front westlich von Beaumont-Hamel, wo der Feind erfolglos einen Uebergang auf unsere Ausgrabungen versuchte, heftig beschossen. Die feindliche Artillerie war heute auf der ganzen Front südlich der Ancre tätig. Sonst ist nichts zu melden. Das Wetter ist anhaltend stürmisch.

Rumänischer Heeresbericht vom 8. November.

Nord- und Nordwestfront: An der Westfront der Moldau nichts Neues. Im Bugen-Tale, bei Tablabuzhi, Bratoscea und Prdelus Artillerietätigkeit. Im Prachova-Tale heftige Geschützkämpfe. Wir wiesen einen feindlichen Infanterieangriff ab. An der übrigen Front ist die Lage unverändert.

Südfront: Sines der Donau Artillerie- und Gewehrfeuer. In der Dobruđa drängen wir nach Süden vor. Feindliche Wasserflugzeuge griffen Sulina an. Ein Flugzeug wurde abgeschossen und erbeutet. Meger und Beobachter wurden gefangen genommen.

Die 681. amtliche Verlustliste.

enthält u. a. folgende Truppenteile vom 5. und 6. Armeekorps: Grenadier-, Infanterie- und Artillerie-Regimenter: Nr. 22, 23, 63, 129, 155, 156; Reserve: Nr. 22, 23, 229; Landwehr: Nr. 19, 22, 23. — Jäger: Reserve Nr. 5. — Feld-Artillerie: Nr. 5, 21. — Fuß-Artillerie: Nr. 5. — Sanitäts-Kompagnie Nr. 3 des 5. Armeekorps.

Die amtlichen Verlustlisten können jederzeit in unserer Expedition und Redaktion, Neue Hauptstadtstr. 7, sowohl im Schweizerischen Hause, Margaretenstr. 17, unentgeltlich eingesehen werden.

Parteiangelegenheiten.

Groß-Berliner Parteitätigkeit! In Brich bei Berlin sind bei den letzten Gemeindevertreterwahlen in der dritten Abteilung von der sozialdemokratischen Fraktionsmehrheit die Genossen Butenschön und Witt und von der Sozialistische Fraktion die Genossen Hoffmann und Löwenthal aufgestellt worden. Diese erhielten die Mehrheit der Stimmen. Da Hoffmann außerhalb wohnt und Löwenthal auf das Mandat verzichtet hat, muß eine Neuwahl stattfinden. Das ist nun die Berliner Parteiarbeit der neuesten Periode. Mit Sichhorn wars das selbe, nur daß sein Mandat wahrscheinlich ganz verloren geht. Das Schicksal des Trochys. Die „Mont“ meldet, wird Genosse Leo Trochys, dem bekanntlich von der französischen Regierung ausgegeben wurde, Frankreich binnen 14 Tagen zu verlassen, von der Schweiz nicht herengelassen. Ebenfalls hat Spanien seine Aufnahme abgelehnt. Der Herausgeber des verboten „Nasche Storm“ befindet sich damit in einer sehr besorgenen Lage: aus Frankreich ist er ausgewiesen, kann aber nirgend anders wohnen. „Mont“ meint, Trochys müsse sein Leben im Neapolitan beschließen.

„Nun ja — ich — ich machte ein paarmal während ihrer Antwesenheit meiner Frau Vorstellungen. Ich demonstrierte ihr an dem eingetretenen Ereignis, wohin unser Fortschritt führe und daß sie für sie doch weit besser sein würde, wenn sie das volle Recht, Mutter zu sein, wieder erlangte. Ich versprach ihr, meinerseits alles zu tun, ihr das Leben bestmöglich zu gestalten. Anfangs weigerte sie sich, nachdem jedoch die durch ein Wunder vom Tode gerettet war, fand ich in einer weichen, nachteiligen Stimmung, sie schien dem Gedanken einer Rückkehr in mein Haus nahegetreten zu sein und gab mir die Erklärung, sie werde sich meinen Vorschlag überlegen, in einem Zimmer, der mich zuversichtlich auf Zustimmung hoffen ließ.“ „Angeklagte, spricht der Jenge die Wahrheit?“ „Ja, Herr Präsident“, antwortete Marga bewegt. „Ich hatte so unglückliche Angst um mein Kind erführen, daß ich nur den einen Wunsch hegte, in Zukunft immer bei ihm zu sein, weil es doch im Falle einer so gefährlichen Anfechtung ohne die Hilfe einer Mutter dem Tode verfallen sei.“ „Diese Stimmung in Ihnen hielt aber nicht dauernd an?“ „Nein, Herr Präsident“, sprach der Baron an ihrer Statt. „Bereits am nächsten Tage gab sie mir kategorisch zu kennen, sie wolle, sie könne nicht. Und als ich in sie drang, gekam sie mir mit überlassenen Wangen, ihr Herz habe zum ersten Mal in ihrem Leben gesprochen; lehre sie jetzt zu mir zurück, so würde das eine Verdoppelung der Liebe ihres Lebens bedeuten.“ „Marga möchte bestürzt und bestürzt ihr Anklage ab, auf das aller Blick sie neugierig richteten. Ihr Verhalten sagte genug, so daß der Präsident es gartfährdend bemerkt, das dritte Schema weiter zu herühren.“ „Eine halbe Minute wohl herrschte tiefes Schweigen im Saale, doch auch, als sie Verhandlung ihren Fortgang nahm, verkehrte noch eine Person in der Bewegunglosigkeit eines Mannorfugger und schien die Kraft zum lebendigen Handeln nicht wieder zu finden. Das war Doktor Glabert Burger, an den die Aufklärung des Jengens wie ein Donnerschlag gewirkt hatte. Marga hatte also? Ihr Herz hatte gesprochen? Wer für wen? Für ihn oder einen anderen? Sollte er aufgeben oder hundertmal resignieren? O der Glück eines nur halb geübten Scherzknisses, der die Unmöglichkeit vermehrt hat sie zu beiseitigen! Die Unmöglichkeit, ob sie überhaupt lebte, erschien dem Doktor später als die Möglichkeit, daß sie lebte, solange er nicht wußte, wer der Begünstigte ihres Verfalls sei. So ging der nächste Teil der Verhandlung an dem aufgeführten Mann verloren, erst nach und nach gewann er wieder jodel Verstand über sich, den auf ihn ankommenden Gedankenwogen dazu zu gebieten und seine Aufmerksamkeit mit Gewalt auf das Drama zu konzentrieren, das sich vor ihm abspielte. Die Angst um das Schicksal der Marga überwand in dem Augenblicke, als er den Mann sah — sein Herz wurde wieder der Sorge um das Leben des Kindes.“

Stadt-Theater.

Freitag 7 1/2 Uhr: „Caracas.“
Sonntag 7 1/2 Uhr: „Die verkaufte Braut.“

Lobe-Theater.

Freitag 8 Uhr: „Neuer Thoma-Brand.“
Sonntag 7 Uhr: „Die Räuber.“

Thalia-Theater.

Freitag 8 Uhr: „Fährmann Braschel.“
Sonntag 8 Uhr: „Johannfeuer.“

Schauspielhaus

Freitag 8 Uhr: „Das Dreikönigshaus.“
Sonntag 8 Uhr: „Der liebe Augustin.“

Lieblich Theater

Täglich 8 Uhr
Durchschlagender Erfolg
des großen Noviz-Spielplans!
Hermann Klunk
Allegorien
Walter Steiner

Sonntag

nachm. 3 1/2 Uhr (kl. Preise)
Familien-Vorstellung.
Der vollständige Spielplan.

Viktoria-Theater

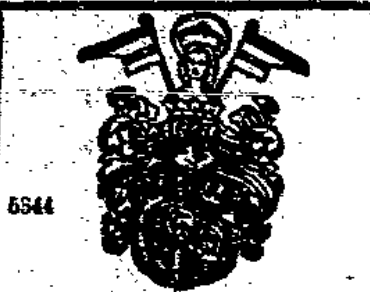
Täglich 8 Uhr:
Glatzheim
Die schwebende Jungfrau
Sonntag 3 1/2 Uhr:
Nachmittag-Vorstellung.

Zeltgarten.

Große Spezialitäten-
Vorstellung.
Eine Fabel aus der
deutscher Artilleriezeit
2 Vorstellungen

Freiwillige Ablieferung von
Zuwegentündern.

a) Nach dem Inkrafttreten des § 4 der Reichssteuerordnung
vom 1. April 1916...
b) Ferner werden folgende, von der Steuerordnung Nr. 1...
c) Die an diesen Gegenständen befindlichen...
d) Die in der Anlage zur Steuerordnung...
e) Die in der Anlage zur Steuerordnung...



Eden-Theater

Nikolaistrasse 27.
Ab Freitag:
Erstaufführung!!
in Breslau.
Ein Kriminalfilm der bei
seinen Aufführungen in
den Berliner Theatern
großes Aufsehen erregte.

Der Fall
Grehn..!

Ein Erlebnis des berühmten
Kriminalisten
Polizeirat Anhelm.
115 große Akte!!
Spieldauer über 1 Stunde.

Dazu:
Das Verschwinden
der Gräfin Benita
Gesellschaftsdrama
in 3 Akten.
und der übrige Spielplan.

Westendkino

Von jetzt ab auch
Montag geöffnet.
Spielplan erstklassig.
Dienstag: Kindervorstellung 3-8 Uhr.



Der Liebe Wellen
Pack span. Liebesroman einer
überrückten Leidenschaft in 3 Akten.
Der plötzliche Gerichtsverfall
Gelegener Schwank.
Um eine Million
Sonn. ungenügl. Dramen einer Wette
in 3 Akten.
Der neueste Kriminalroman.
1. a. Bock's Trübsal-Schicksal.

Pfänder-Auktion

Dienstag, den 14. November,
Nachm. 15. Uhr, beim geschloss.
Schneider, Glatzstr. 12, I.

Arbeiter-
Frauen

Verpflichtet bei Enten
Geldern...

Zufuerenten der
„Volkswacht“.

Abrechnung...

Kauf

Abrechnung...

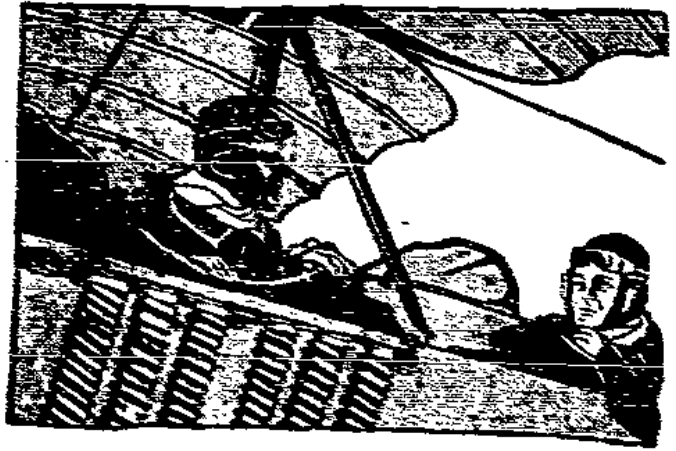
Bulgarische
Kriegsbilder-Ausstellung
Kunstgewerbemuseum, Graupenstrasse 14
Täglich 10-2, 4-8, Sonntags 10-8 Uhr.
Eintritt 30 Pfg.



Tauenzien-
Theater

Spielplan vom 10. bis einschl. 16. November
Alleinige Erstaufführung!

Der berühmte Detektiv-Darsteller
Max Landa als Detektiv
Dr. Nemo



Der Mann ohne Kopf

Geheimnisvolles Detektiv-Flieger-Abenteuer
in 4 Akten

Das „Berliner Tageblatt“ schreibt u. a.: „Der
Mann ohne Kopf“ ist ein Detektivspiel, bei
dem man beinahe das Grosse kennen kann.
Ein berühmter Detektiv - Dr. Nemo - soll Licht
in die unheimliche Angelegenheit bringen.
Mit schmerzlicher Spannung eines Fliegens
und anderer raffinierter Mittel gelingt es ihm,
nicht nur das Gespenst, sondern auch den
Mörder zu entlarven. Dieses Meisterdetektiv
gibt Max Landa die sehr wirksame
lebendige Überführung.

Tanterich

Die höchst drohenden Ergebnisse eines ver-
heirateten Liebhabers in drei abwechslungs-
reichen, trümischen Akten

Außerdem:
Aktuellste Kriegsberichte u.
produktvolle Naturaufnahmen!

Kassensverein Einigkeit für Strecken und Umgegend

Abrechnung am 30. Juni 1916.

Table with financial data: Aktiva, Bilanz am 30. Juni 1916, Passiva. Includes items like Einzahlungen, Rücklagen, etc.

Gewinn- und Verlustrechnung

Table with financial data: Gewinn- und Verlustrechnung. Includes items like Umsatzerlöse, Kosten, etc.

Der Vorstand.

Paul Wilm, Wilhelm Busch, Friedrich Bartsch.
Aufsichtsrat: Paul Wilm, Karl Busch.

Die Reichs-Kassenscheine des Hauptstaats.

Table with financial data: Die Reichs-Kassenscheine des Hauptstaats. Includes items like Reichsbank, etc.

Anordnung.

Auf Grund des § 9b des Gesetzes über den Belagerungs-
zustand vom 4. Juni 1861 in Verbindung mit dem Gesetz vom
11. Dezember 1916 wird behufs Aufrechterhaltung der öffentlichen
Sicherheit für den Stadtkreis Breslau folgendes angeordnet:
1) Jeder Kohlenhändler darf an Verbraucher täglich nicht mehr
als 1/2 Zentner Kohlen für jeden Haushaltungsangehörigen
abgeben, jeder Vorstand der Haushaltung nicht mehr
erwerben.
Die Zahl der Haushaltungsangehörigen ist vor dem Kon-
durch Vorlegung des Bezugscheines für Brotmarken nach-
zuweisen.
2) Der Vorstand der Haushaltung, die bis zum 15. Dezember
1916 oder länger ausreichende Kohlenvorräte hat, darf bis
15. Dezember Kohlen von einem Händler in Breslau nicht
erwerben, der Händler keine an ihn abgeben.
3) Jeder Kohlenhändler darf an gewerbliche Betriebe, wie
Bäckereien, Fleischerien und herkömmliche kleinere gewerbliche
Betriebe, die bis zum 15. Dezember oder darüber hinaus aus-
reichende Kohlenvorräte besitzen, nur so viel Kohlen abgeben
als für diesen Betrieb für eine Woche unbedingt erforderlich
sind; der Betriebsunternehmer darf nicht mehr erwerben.
Jede Abgabe von Kohlen an solche Betriebe hat der
Händler einzeln und unter Benennung des Bezügers in ein
Buch einzutragen, das er jederzeit zur Einsicht durch Polizei-
beamte bereitzustellen hat.
4) Jeder Kohlenhändler hat am ersten Tage jeder Woche, zumeist
am 18. d. M. dem Polizeipräsidium eine Nachweisung ein-
zureichen, aus der hervorgeht, wie viel Kohlen er bei Beginn
dieses Tages vorräthig hat und wieviel Kohlen er während
der abgelaufenen Woche an Verbraucher abgegeben hat.
5) Den Kohlen im Sinne dieser Vorschriften gleich gelten
Stein- und Braunkohlen-Briketts.
6) Zuwiderhandlungen gegen diese sofort in Kraft tretende An-
ordnung werden mit Gefängnis bis zu einem Jahre bestraft,
beim Vorliegen milderer Umstände kann auf Haft- oder
auf Geldstrafe bis zu 1500 Mk. erkannt werden.
Breslau, den 9. November 1916.

Der Kommandant.

J. B.
von Paczensky und Tenczin,
Generalmajor.

W. I. 207/9. 16 R. R. A.

Briefnotizen.

Am 10. November 1916 ist ein Nachtrag zu der
Bekanntmachung, betreffend Beschlagnahme und Bestands-
erhebung von Web-, Wirk- und Strickwaren, vom
1. Februar 1916 Nr. W. M. 1000/11. 15 R. R. A. erschienen,
der im wesentlichen den Kreis der von der Beschlagnahme
betroffenen Gegenstände auch auf diejenigen Waren aus-
dehnt, die unter Mitverwendung von Papier hergestellt sind.
Der Wortlaut des kurzen Nachtrages ist bei der
Geschäftsstelle der Schlesischen Zeitung einzusehen.

W. I. 2939/9. 16 R. R. A.

Am 10. November 1916 ist eine Bekanntmachung b-
treffend Herstellungsverbot von Garnen und Geweben aus
Mischungen von Papier und Wolle oder Kunstwolle
Nr. W. I. 2939/9. 16 R. R. A. in Kraft getreten. Durch
diese Bekanntmachung wird die Verwendung von Wolle
oder Kunstwolle oder Mischungen von Spinnstoffen, in
denen Wolle oder Kunstwolle enthalten ist, zur Herstellung
von Garnen oder Geweben unter Mitverwendung von
Papier verboten. Lediglich die bei Inkrafttreten der Be-
kanntmachung gebäumten Papierketten dürfen unter Ver-
wendung von Wolle oder Kunstwolle, soweit es nicht bisher
bereits verboten war, abgearbeitet werden.
Der Wortlaut der Bekanntmachung ist bei der
Geschäftsstelle der Schlesischen Zeitung einzusehen.

W. III. 3000/9. 16 R. R. A.

Am 10. November 1916 ist eine Bekanntmachung
betreffend Beschlagnahme, Verwendung und Veräußerung
von Flach- und Hanfstroh, Bastfasern (Jute, Flachs,
Ramie, europäischer und außereuropäischer Hanf) und von
Erzeugnissen aus Bastfasern erschienen, die anstelle der
beiden bisherigen Bekanntmachungen W. III. 3000/7. 16
R. R. A., betreffend Beschlagnahme von Bastfasern und
Erzeugnissen aus Bastfasern und W. III. 300/6. 16 R. R. A.,
betreffend Beschlagnahme und Bestandsaufnahme von Flach-
und Hanfstroh getreten ist. Die neue Bekanntmachung ist
hauptsächlich eine einheitliche Zusammenfassung der bisher
in den beiden vorgenannten Bekanntmachungen aufgestellten
Bestimmungen, soweit sie noch von Bedeutung sind. In
neuen Bestimmungen sind im besonderen wesentlich die
Veräußerung der für die Veräußerung und Lieferung von
Abfällen im freien Verkehr erlaubten Mengen von 10 000 kg
auf 6000 kg, sowie die Vorschrift, daß die Veräußerung
und Lieferung derartiger Abfälle nicht mehr an Verarbeiter
von ihnen zulässig ist.

Der Wortlaut der Bekanntmachung, die noch einige
weitere Abweichungen von den bisherigen Bestimmungen
enthält, ist bei der Geschäftsstelle der Schlesischen Zeitung
einzusehen.

Briefnotiz.

Durch Verfügung des stellv. Generalkommandanten 2.3
VI. Infanterie-Regiments und der Kommandanturen Breslau und
Glatz sind neue Bestimmungen für die Fenster von Photo-
graphien und anderen Bildern militärischer Art erlassen
worden. Interessenten können die Verfügung bei den
genannten Behörden sowie bei den städtischen Postämtern
einsehen.

Advertisement for 'Kriegsfabrik' (War Factory) located in Belgium and Northern France. Includes contact information and details about the factory's production.

Wie ist die Stadt Breslau versorgt?

Steht der Markt „Lebensmittel-Krisis“ auf der Tagesordnung, kann man sicher sein, daß die Stadtväter alle Dispositionen über den Kauf von Waren und sich mit Feuerzettel über die ungeliebten Fragen der Lebensmittelversorgung hermachen und die tausend Ratschläge aus der Bürgerschaft, wie die vorhandenen Mengen am nützlichsten und gerechtesten verteilt werden können, mit Fleiß und Ausdauer durchsprechen. So gab es auch gestern über diese Dinge eine stundenlange Aussprache, doch eins zeichnet sie aus: Sie war frei von allen Schärpen und aller Konfrontation, sachlich und deutlich auf beiden Seiten wurden die schwierigsten Probleme erörtert, nur bei einem Angriff des Stadtv. Löbe auf die Armenverwaltung wurde es etwas hitziger in der Rede und Gegenrede mit Stadtrat Marsd, deren Vorsitz. Aber es gab auch hier keinen persönlichen Zusammenstoß und da die Stadträte Jungfer, Prescher und Wagner in allen Brot-, Kartoffel-, Dörrgemüse-, Herings-, Eier- und sonstigen Nahrungsmittelfragen klare, erschöpfende und überzeugende Ausführungen gaben, nahm die Versammlung ihre Reden mit Dank und Beifall entgegen. Man kann fast sagen: da auf den Hauptbühnen die Hauptrollen Jungfer und Prescher nicht empfangen, blieben auch die Gegenspieler Herchel, Wujalowski, Wolf, Langenberger usw. in der Versenkung und Herr Hande schüttelte bedenklich das Haupt, weil immer wieder von Heringsfleischhandel und Eiern geredet wurde, wo er sonst mit den Millionen des Staats jongliert. Wir können hier nicht auf die Einzelheiten der Debatte eingehen, sondern heben nur hervor, daß die Stadtväter Wujalowski, Heibrich, Jaron, Löbe, Mohlaner, Richter in breiten Worten den Wünschen der Bürgerschaft Ausdruck verliehen, worauf die oben genannten Stadträte die Ausführlichkeiten der Besorgung sich bedienten. Im übrigen verweisen wir auf den folgenden Bericht.

Stadtv. Jaron (Zentr.) berichtet über einen Magistratsantrag, daß der zur laufenden Beschaffung von Lebensmitteln bestimmte Kredit des Versorgungsamtes von 200.000 auf 600.000 Mark erhöht wird. Von dem geforderten 400.000 Mk. betrug 250.000 Mark zur

Anschaffung von Dörrgemüse für den Winter verwendet und außerdem sollen für 90.000 Mark Pfeffer, für 10.000 Mark Reis und für 50.000 Mark Gemüsekonserven übernommen werden. Restbestände von Waren, die letzter Zeit auf staatlichen Vorkaufskredit für die Stadt angeschafft wurden. Der Berichterstatter empfiehlt die Annahme der Vorlage.

Stadtrat Jungfer teilt mit, daß mit dem Anlauf von Dörrgemüse bereits begonnen ist. Es sollen 1500 Zentner angeschafft werden. Der Redner geht dann auf die Schwierigkeiten der Breslauer Kartoffelversorgung

über ein. Von den für Breslau bestimmten 800.000 Zentnern Kartoffeln sind jetzt kaum 200.000 Zentner eingetroffen. Etwa 7.000 Zentnern, die von Mitte Oktober ab täglich hätten einströmen müssen, um auf die nötige Menge zu kommen, sind in der letzten Oktoberswoche nur 7000 Zentner täglich eingegangen. Der Hauptgrund liegt am Wetter. Die Landwirte sind um vier bis fünf Wochen mit der Feldbearbeitung und ihren anderen Arbeiten zurück. Außerdem tragen die Rückschläge zur Verlangsamung der Kartoffellieferung bei. Ferner fehlt es an Gütern und Geplante, und sowohl die Anbaufläche wie der Ertrag sind zurückgegangen. Schließen wird einen großen Anstieg an Kartoffeln haben. Der Magistrat wird es an nichts fehlen lassen, um die nötigen Mengen heranzubekommen.

Wenn das Wetter einigermaßen günstig bleibt, wird es auch gehen, wenn aber Frost kommt, kann es allerdings schlimm werden. Wir sind das Kriegsernährungsamt um Reserveantragungen, konnten aber solche nicht erhalten. Wir brauchen für 14 Tage Vorrat, um im Notfall davon leben zu können. Von den 100.000 Zentnern Weizen, deren Anschaffung in der letzten Sitzung beschlossen wurde, werden wir bis Ende der Woche 60.000 Zentner haben. Wir denken noch mehr als die 100.000 Zentner anzuschaffen. (Sehr gut!) Um Kartoffeln zu bekommen, haben wir kein Mittel unter der Hand. Eine Preisregulierung ist beim Herrn Oberpräsidenten von Schlesien vorläufig gescheitert, und hat ernstlich bedauert, daß wir keine Verantwortung für die Folgen der schlechten Versorgung übernehmen, und die Verantwortung auf die Schultern der Regierung legen. Der Herr Oberpräsident hat erklärt, er könne das verstehen und er werde sein Möglichstes tun, um den Magistrat in seinen Bemühungen zu unterstützen. Ein Grund zu besonderer Beunruhigung liegt derzeit nicht vor. Galt hat das Wetter noch zwei bis drei Wochen, dann sind wir über den Berg hinweg.

Braten, Kohlraben und Wehl wissen wir über die Not hinwegzusehen, wenn die Kartoffeln am Ende nicht reichen. Etwas Unangenehmes habe ich für die Zukunft von Bezugsgeldern mitzuteilen. Anfangs sollten sie 1/2 Zentner erhalten, die auf einen Zentner betragen sollten. Infolge der geringen Zufuhren können sie aber vorläufig überhaupt

nur 1/2 Zentner Kartoffeln pro Schein erhalten, damit nicht viele Bürger ganz leer ausgehen. Der halbe Zentner ist für die Zeit vom 18. Dezember bis zum 1. Februar, also für 45 Tage bestimmt. Später ist es für die Bezugsgeldnehmer für das Land haben. Sofern sie bis zum 16. November Kartoffeln nicht erhalten haben, und auch bis zum 19. oder 20. November keine bekommen können, müssen sie zunächst Kartoffelmarken bekommen und sie werden dann auf öffentliche Bezugsgeldnehmer Kartoffeln erhalten.

Stadtv. Heibrich II (Drs.): Die Preisregelung wird wohl kaum allgemeine Befriedigung erwecken. Es ist nicht in Ordnung, daß kleine Kinder den Erwachsenen gleichgestellt werden. Zwei Erwachsene erhalten nicht mehr als eine erwachsene Person mit zwei Kindern. Für die Kinder ist ausreichend gelöst. Sie erhalten Brot, Milch, Margarine, Eier, Magerfleisch.

Man hätte also die Erwachsenen günstiger stellen sollen. **Stadtv. Wujalowski (Hs.)** weist auf die Ungerechtigkeit hin, daß Familien immer bis zu einer bestimmten Personenzahl eine bestimmte Menge öffentlicher Waren erhalten. Eine Familie von drei Mitgliedern erhält nicht mehr als eine einzige Person. Der Widerspruch wäre zu beheben, indem man

für jede Person eine Lebensmittelkarte

Person mit 3600 Mark hat Ueberfluß, eine Familie mit viel Köpfen aber leidet dabei. Dasselbe Einkommen bedeutet auch nicht bei allen Gesellschaftsklassen dasselbe. Jetzt wird noch Wunsch für Familien unter 3600 Mark hergestellt. Sie ist nicht nur hitzig, sondern es gibt auch noch das doppelte Gewicht auf die Fleischmarkte. In Familien mit 4- bis 5000 Mark kann man sich bei vier oder fünf Köpfen nicht an Wild und Geflügel z. z. fassen, wo eine Taube 2,50 Mark kostet. Eine Person kann sich mit 1,50 Mark am Tage, also 450 Mk. im Jahre, gut ernähren. Sie braucht also nicht über 3600 Mark zu haben, um keine gelben Wachen zu bekommen. Der Redner schlägt ein System vor, wonach die Familien nach Kopfzahl und Einkommen zugleich zu betrachten sind. Daneben sollen besondere Gründe, wie Krankheit usw. zum Bezuge gelber Marken berechtigen.

Stadtrat Prescher: Kein Markensystem kann allen Anforderungen genügen. Jede Schematisierung ist ungerecht. Eine Individualisierung, wie sie der Vordredner vorschlägt, ist unbrauchbar, weil nicht genügend Nahrungsmittel da sind. Bei der Butter haben wir die Kopfverteilung. Es geht, aber es geht schlecht.

Das Publikum ist der Leidtragende. (Sehr richtig!) Wir können Lebensmittel immer nur nach wochenlangem Sparen abgeben. Um nur ein Pfund abzugeben, brauchen wir 2150 Zentner. Je kleiner die Menge, die auf den Kopf entfällt, desto kleiner muß der verhältnismäßige Verlust beim Einteilen, und umso größer der Gewinn des Handels sein. Herr Heibrich hat Unrecht, wenn er sagt, für die Kinder sei besser gesorgt, wie für die Erwachsenen. Es ist im Gegenteil nicht so für sie gesorgt, daß sie noch an die Erwachsenen abgeben können. Herrn Malachowski gegenüber muß ich noch darauf verweisen, daß wir

in Breslau 140 000 Haushalte haben, wenn wir die alle nach Personenzahl und Einkommen durchmischen wollen, dann haben wir bis zum Frühjahr zu tun. Das ist eine Arbeit, die garnicht zu leisten ist. Zu prüfen bleibt gewiß, ob sich nicht die Gleichverteilung von 1, 2 und 3 Personen ändern läßt. Das Einkommen ist gewiß ein roher Maßstab; es ist auch richtig, daß es den Wohlhabenden immer schwieriger wird, sich die gewünschten Lebensmittel zu verschaffen, aber der gesamte Fischhandel — selbst der Hering — Wild, Geflügel, Konserven, sind doch nur noch Zusatznahrungsmittel für Wohlhabende. Auf die Wurffabrikation bei Silberbrand haben wir keinen Einfluß. Das dort erzeugte Quantum ist auch zu gering im Vergleich der Zahl der ärmeren Bevölkerung. Daß in Breslau auch Mangel an Wild herrscht, ist wahr. Es ist durch die Gleichmacherei von hier verjagt worden.

Stadtv. Löbe (Sozialdemokrat): Nach der vom Stadtrat Jungfer gegebenen Uebersicht wird die ganze Versorgung die erste Uebersicht über unsere Kartoffelversorgung teilen, der die Magistratsmitglieder beim Oberpräsidenten Ausdruck gegeben haben. Die Stimmung in der Bevölkerung müßte höchst bedenklich werden, wenn sie geäußert sein sollte,

auch im Novemberregen und im Winterschnee in langen Reihen vor den Töben zu stehen oder durch die ganze Stadt bergablich nachzuliegen. Der Magistrat wird bei den zur Lieferung und zur Vermittlung berufenen Stellen sehr darauf drücken müssen, daß sich das auf keinen Fall wiederholt, um kritische Ereignisse zu vermeiden. Redner bittet ferner um Auskunft, ob es gelungen sei, durch günstige städtische Einkäufe

billige Heringe für die Bevölkerung zu besorgen. Schließlich wendet er sich dagegen, daß etwa die bisherige Lebensmittelverteilung eine unbegründete Bevorzugung der ärmeren Bevölkerung bedeute. Den unteren Einkommen ist es ganz unmöglich, ihren Tisch durch Geflügel, Wild, feines Obst, Rindfleisch usw. bergl. aufzubessern und während die Fleischhälften längst leer sind, steht es in den Delikatessengeschäften noch ganz hübsch gefüllt aus. (Ausruf: Aber man kann es nicht erlauben!) Gewiß wird auch das immer schwerer, aber in gleichem Maße verdrängt sich der Druck der Lebensmittel durch erst recht bei den ärmeren Schichten. Stadt 46 Mark wöchentlichen Nahrungsbedarf für eine vierköpfige Familie, wie ihn die Statistik berechnet, läuft der Satz des Nationalen Frauenbundes auf 16 Mark hinaus, daraus müßte es ergeben, wie schlimm es bei den weniger Bemittelten steht. Ganz vorübergehungen ist allerdings diese Zeit an unserer Armenverwaltung,

die Armen stehen noch immer auf einem so unglücklich niedrigen Satz, daß wir die erste Gelegenheit wahrnehmen werden, um diese unglücklichen Zustände hier einer scharfen Kritik zu unterziehen. **Stadtrat Jungfer:** Die Heringe sind beschlagnahmt, um bei der ungenügenden Einfuhr eine gerechte Verteilung zu ermöglichen. Nach Breslau kamen im vorigen jährlich 25 bis 30 000 Tonnen, also rund

2000 Tonnen Heringe im Monat. In diesem Jahre haben wir im September 300 und im Oktober 400 Tonnen erhalten. Eine Konferenz, die ich in Berlin beim Kriegsernährungsamt hatte, hat fünf Minuten gedauert. (Lachen.) Man sagte mir: Wir haben für die Verteilung einen Heringschlüssel. (Lachen: Was?) Einen Heringschlüssel; die Verteilung erfolgt nach der Bevölkerungsdichtigkeit eines Bezirks. Ich habe mich dann mit dem Reichslandsbezernter in Verbindung gesetzt und etwas herausgeschlagen, aber für die Provinz ist doch alles nur ein Tropfen auf einen heißen Stein.

Stadtrat Marsd: Der Vorwurf gegen die Armenverwaltung darf nicht unwidersprochen bleiben. Die Armen werden mit Rücksicht auf die Zeit so festgesetzt, daß die Armen gerade existieren können, mehr allerdings nicht. Ein Vorwurf könnte auch nur die Armenkommission treffen, die fleißig arbeitet. Jeder Arme hat auch das Recht, sich zu beschweren. Sie können beruhigt sein, daß für die Armen gesorgt wird und daß wir die Zeit nicht verlieren.

Stadtv. Mohlaner (Hs.) fragt, was geschieht, wenn jemand auf seinen Bezugsgeldern bereits die ursprünglich festgesetzte Kartoffelmenge erhalten hat. **Stadtrat Jungfer:** Die müssen jetzt mit ihrer Menge länger reichen.

Nach weiteren Ausführungen der Stadtv. Heibrich II, Malachowski und Richter sowie der Stadträte Wagner, Prescher und Jungfer betonte **Stadtv. Jaron (Hs.),** daß er Vorsitzender einer Armenkommission sei, und wisse, daß noch kein Antrag abgelehnt wurde. In den Kommissionen seien alle Städte vertreten und die Arbeiter und Handwerker prüften die Anträge besonders sorgfältig.

Stadtv. Löbe (Sozialdemokrat): In seinem Behaupten, daß er keine Anträge gegen die Armenverwaltung hat, ist er unehrlich. Er hat Anträge an die Obergerichte und an den Reichslandsbezernter, weil jetzt niemand Zeit hat, sie

eingehend um die Armenempfänger zu kümmern. Es ist geradezu niederbildend, daß noch jetzt die Mütter und Väter, die der Armenpflege anheimfallen 4 Mark für den ganzen Monat für ein Kind erhalten. Jeder mitfühlende Mensch aus der Armenpflege muß Ihnen sagen, daß diese Zustände unhaltbar sind. Wenn Herr Jaron 28 Jahre Armenpfleger ist, dann wird er wissen, daß in dieser ganzen langen Zeit die Höhe nicht einmal von 3 auf 5 Mark erhöht worden sind. Das geht nicht so weiter.

Stadtrat Marsd: Herr Löbe spricht von 4 Mark. Das sind keine festen Sätze, sondern die 4 Mark sind nur eine Direktive. Wenn die Kommission sieht, daß 4 Mark zu wenig sind, bestimmt der Antragsteller mehr. Herr Löbe soll mir Fälle nennen. Auch steht mein Amtszimmer für jedermann zu beschweren offen.

Stadtv. Jaron (Str.) hielt es für sehr unangenehm, daß man bekannt machte,

der Koppenbergder Wanne auf einmal bezogen werden, man konnte aber den Kaufleuten und Konsumlägern das verbrochene Quantum nicht helfen, und als die Leute nun kamen und ihr Quantum verlangten, gab's viel Streit.

Stadtrat Prescher erklärte dazu, daß die Betriebsgesellschaft die Lieferung der gesamten Leistung auf einen Tag versprochen habe, aber daß nun alle Leute glaubten, sie müßten nur gerade am ersten November die Menge für den ganzen Monat bekommen, das habe die Stadtverwaltung verursacht. Die Magistratsvorlage wird hierauf angenommen.

Am den übrigen Verhandlungsgegenständen erwähnen wir noch die Annahme der Vorlage betreffend Verlegung des Raums für den Arbeitsnachweis in das Haus Schlegelstraße 5/9. Der sachliche Bericht des Stadtv. Jaron ist dem Rat vorzulegen. Die Sache wird dem Magistrat zur Entscheidung überlassen oder es werden die Magistratsmitglieder Annahme.

Die Gas- und Elektrizitätsanträge werden entweder dem Magistrat zur Entscheidung überlassen oder es werden die Magistratsmitglieder Annahme.

Die angeordnete Frage der Armen für die Stadtarmen wird in der Öffentlichkeit weiter erörtert werden müssen. Wir können vielleicht schon morgen darüber zurück. Der Frage kann aber viel von der Seite genommen werden, wenn sich die Verwaltung zur schnellen Abstellung der unabweisbaren Mängel entschließen könnte. Aber alle tut hier wirklich not!

Bei einem anderen Punkte der Tagesordnung wurde die Zentralstelle der Kriegsvollzugsstelle um recht wohlwollende Behandlung der Kriegsgefangenen (der bezogenen Kriegsgefangenen) gebeten, die mit ihrer Unterbringung unmöglich so lange warten können, bis sich die einzelnen Städte über den Entschuldigungsanspruch geeinigt haben. Ingleich hat der sozialdemokratische Redner darauf, daß die geplante Weisungsumsetzung an die Weisungsumsetzungsberechtigten auch von der Stadt in Gestalt einer doppelten Delegation gewährt werde.

Der Beginn der Verhandlungen wählte der Vortrager dem verstorbenen Stadtv. Seibert und seiner stillen, aber regen Mitarbeit ehrende Worte der Anerkennung.

Im Bahnhof der städtischen Straßenbahn Frankfurterstraße soll die von der Wagenhalle II abgegründete Nebenwerkstatt an die vorhandene Niederdruckdampfheizungsanlage angeschlossen werden. Hierzu wurden die erforderlichen Kosten bewilligt.

Die neue Gebührenordnung für die städtischen Friedhöfe wurde angenommen.

Für sieben Fernsprechkreise der Feuerwehr wird der Feuermelder-Akkumulatorenbetrieb eingerichtet.

Die bei der Ausbesserung der Zwischenkaufstraße am Pumpwerk Kantern entstandenen Mehrausgaben im Höhe von 1810 Mark wurden bewilligt.

Verschiedene Flächen der Zimpeler Ländereien (insgesamt 12.317 Hektar) die mit Sand und Bodenmassen aus dem Hochwassererschlagkanal angefüllt worden sind, werden zur Urbarmachung und späteren landwirtschaftlichen Benützung der Marxhallerverwaltung überwiesen.

Zur Beschaffung von vier Wägen für den städtischen Säuglingsheim wurden 600 Mark bewilligt.

Schluß der öffentlichen Sitzung 7 1/2 Uhr. Es folgte eine geheime Sitzung.

Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 10. November.

Gegen die Kohlennot

hat der Kommandant von Breslau eine längere Anordnung erlassen, die im heutigen Anzeigenteil abgedruckt ist. Danach darf an den Verbraucher täglich nicht mehr als 1/2 Zentner Kohlen für jeden Haushaltungsgewöhnlichen abgegeben werden. Beim Einkauf der Kohlen ist der Brotmarken-Bezugsgeldner vorzuziehen. Ferner wird der Kohleneinkauf der gewerblichen Betriebe geregelt und jeder Kohlenhändler verpflichtet, über seinen Kohlenverkauf Buch zu führen und dem Polizeipräsidenten darüber am ersten Tage jeder Woche eine Meldung einzureichen.

Zusüberhandlungen werden mit Gefängnis bis zu einem Jahre bestraft.

Neue Bekanntmachungen über Beschlagnahmen usw.

Am heutigen Tage treten folgende neue Bekanntmachungen in Kraft:

1. ein Nachtrag zur Beschlagnahme und Befreiung von Weib-, Bier- und Spirituosen vom 1. 2. 16,
2. eine Bekanntmachung über ein Befreiungsverbot von Waren aus Wohnungen von Papier und Woll- oder Baumwollstoffen,
3. eine Bekanntmachung über Befreiung von Waren aus Wohnungen von Papier und Woll- oder Baumwollstoffen.

Die Parteien zur Kanzlerrede.

Der Reichshausauschuss trat Donnerstag vormittag mit einstündiger Verspätung kurz nach 11 Uhr zusammen. Der Reichskanzler erschien in Begleitung des Staatssekretärs des Auswärtigen Amtes v. Jagow und des Chefs der Reichskanzlei, Unterstaatssekretär Wahnschaffe. Auch der Stellvertreter des Reichskanzlers, Staatssekretär Dr. Helfferich, die Leiter der Reichsämtler und Geheimrat Hammann, der bis zu seiner Erhebung durch Oberleutnant Deutelmoser die Presseabteilung des Auswärtigen Amtes leitete, waren anwesend.

Nach der Rede des Reichskanzlers machte der Hausauschuss eine halbstündige Pause. Nach Wiedereröffnung der Sitzung führte zunächst

ein Vertreter des Zentrums

ungefähr folgendes aus: **Reu** in der Rede des Reichskanzlers sei namentlich, daß der russische Befehl von 1912 die Mobilmachung als identisch mit dem Krieg gegen Deutschland bezeichne. Dadurch gewinne die russische Mobilmachung einen ganz neuen Charakter. Er begrüße die Erklärung, daß Deutschland sich an einem Staatenbund zur Erhaltung des Friedens zu beteiligen, ja sich an dessen Spitze zu stellen bereit sei. Klar sei, daß in einem solchen Staatenbund nicht vor majorz über Lebensfragen der Staaten abgestimmt werden könne. Im Haag sei das Negative etwas zu stark in den Vordergrund gestellt worden gegenüber dem Positiven, daß man jeden ehelichen Versuch zur besseren Sicherung des Friedens unterstützen sollte. Die Erfahrungen des Krieges rechtfertigen das Verlangen nach einem besonderen Schutz unserer Grenzen. Unter diesem Gesichtspunkt sei auch die politische Frage zu betrachten. Der Sinn der Proklamation sei, daß den Polen Gelegenheit gegeben werde, sich an den Weiten anzuknüpfen, anstatt nach Osten, bei freier selbständiger Entwicklung. Die Proklamation könne als hochzeitlicher Entschluß begrüßt werden. Selbstverständlich sei sie in erster Linie bestimmt, unseren Interessen zu dienen, und es sei loaz die Pflicht eines leitenden Staatsmannes, diesen Gesichtspunkt in klarer, kalter Ermüdung in den Vordergrund treten zu lassen. Dieselben grundsätzlichen Erwägungen

müßten in Belgien maßgebend sein.

Wenn der Reichskanzler wiederhole, daß er niemals eine Annexion Belgiens verlangt habe, so ist eine er noch auf diesem Standpunkt zu stehen. Allerdings müßte aber dafür gesorgt werden, daß Belgien niemals wieder als Einfallstür gegen Deutschland dienen könne. Er beziehe sich auf eine frühere Erklärung des Abgeordneten Espagn, daß Belgien politisch, militärisch und wirtschaftlich in deutscher Hand bleiben müsse.

Von einem nationalliberalen Redner

wurde ausgeführt, daß die Darlegungen des Reichskanzlers dankenswerter Klarheit über die letzten Vorgänge vor dem Kriege gebracht haben. Es sei zu wünschen, daß diese Darlegungen weite Verbreitung im neutralen Ausland fänden. Bemerkenswert seien besonders die Mitteilungen über die Vorgänge am 29. und 30. Juli. Es sei wichtig, daß ein englischer Bernichtungsvorschlag von uns weitergegeben und in Wien angenommen worden sei. Ebenso bemerkenswert sei, daß wir auf die direkte Verständigung zwischen Wien und Petersburg hingewirkt hätten. Der Reichskanzler habe auch die Kriegsverfahren behandelt. Es sei dem zuzustimmen, daß

der Krieg das Ergebnis der Gesamtentwicklung sei,

die mit der Eintretungspolitik eingeleitet habe. Demgegenüber sei die deutsche Politik durchaus friedlich gewesen. Mit Russland hätten wir, wie die Verhandlungen von Potsdam und Baitischort bewiesen haben, versucht, auf guten Fuß zu kommen. Das Hindernis seien die russischen Wünsche am Baltik und auf Konstantinopel gewesen. Die Marokkofrage sei mit dem Ziele eines endgültigen Verständigung mit Frankreich behandelt worden. Wenn das Ziel nicht erreicht wurde, war es nicht unsere Schuld. Die Verhandlungen, die unmittelbar vor dem Kriege mit England über den Interessenausgleich geführt wurden, seien ebenfalls ein Beweis friedlicher Politik. Wenn wir nun trotzdem gegen unseren Willen in den Krieg verwickelt worden seien, sei die Schlussfolgerung richtig, daß wir uns durch besserer Grenzen schützen müssen. Er wolle nicht auf die politische und belgische Frage eingehen. Es sei jedenfalls zweifelhaft, ob es richtig wäre, jetzt definitive Versuche auszusprechen. Er könne behaupten, daß der Reichskanzler

n niemals von einer Annexion Belgiens

gesprochen habe. Das sei auch nicht von den Herren geschehen, die sich von Zeit zu Zeit beim Reichskanzler versammelt haben. Mit den heutigen Ausführungen des Reichskanzlers seien abgesehen von den früheren Äußerungen, daß der status quo ante nicht wiederkehren könne, daß wir volle Garantien haben müßten, und daß Belgien nicht der Prätext für englische Machtpolane auf dem Kontinent sein dürfe. Somit würden für den Fall eines künftigen Friedens wir ja nicht weniger stehen, als diesmal. Zur Frage eines internationalen Bundes zur Bewahrung des Friedens äußerte der Redner im Namen seiner Freunde sein Einverständnis damit, daß die deutsche Politik jeden Versuch zur Schaffung von beratigen Institutionen mitteilt und eifrig daran mitarbeitet. Die Lebensinteressen könnten, wie ja auch die bekannte Ehrenklausel besagt, keiner internationalen Entscheidung unterworfen werden. Natürlich dürfe nicht alles auf die englischen Interessen zugeschnitten werden, und auf die englische Herrschaft über die Kontinente und über das Meer. Die deutschen Interessen dürfen durch die englische Herrschaft nicht geschädigt werden. Ausfallgebend müßten für unser Vorgehen immer die deutschen Interessen sein.

Der Vertreter der fortschrittlichen Volkspartei

erklärte, daß ungezählte Menschen nicht nur bei uns dem Reichskanzler für die Zusammenstellung, die er gegeben habe, dankbar sein würden. Die historischen Vorgänge seien außerordentlich glücklich und wirkungsvoll zusammengesetzt. Das Gedächtnis auch mancher Staatsmänner für die tatsächlichen Vorgänge sei merkwürdig schwach. Der Redner wandle sich sodann scharf gegen den „Kölnanzer“, der mit seiner unüberlegten Handlungsweise fast in die Geschichte der Menschheit eingeschrieben habe. Seine Freunde seien damit einverstanden, daß internationale Friedensbindungen statifänden. Ob Lord Grey im Grunde die Hand zum Frieden ausgestreckt habe, wolle er nicht untersuchen. Wir sollten aber zeigen, daß es uns ernst sei, zu seinen Gedanken Stellung zu nehmen. Ob es möglich sei, eine dauernde Friedenswahrung zu schaffen, sei gewiss fraglich. Seine Freunde seien immer dafür gewesen, den Versuch zu machen. Es werde keine ganz verlorene Mühe sein. Jetzt habe die Sache natürlich eine andere Bedeutung als vor dem Kriege.

Durch die ganze Menschheit werde ein ernstes Sehnen nach einer Überwindung des Friedens gehen.

Es sei froh, daß der Reichskanzler so deutlich seine Mitarbeit versprochen habe. Vielleicht sei das von größter Bedeutung, als man sich im Augenblick vorstelle. Es sei gut, daß solche Friedensworte so klar und unangenehm festgesetzt werden. Es müßten natürlich die Konsequenzen aus dem gezogen werden, was uns angetan worden ist. Eine Reklamation im

englischen Sinne und nach englischem Wunsche dürfe es nicht geben. Das sei das Interesse der ganzen Welt. Greys Ansichten haben nicht die Grundlage für einen Weltfrieden geboten. Darin teile er nicht die Auffassungen des Reichskanzlers. Wir haben den Schutz unserer Rechte und Sicherheiten für unsere Entwicklung verlangt. Auch seine Freunde haben niemals auf dem Standpunkt gestanden, daß Belgien annektiert werden müsse und wünschen dies auch jetzt nicht. Damit sei die Frage aber nicht erledigt. Belgien dürfe nicht der Tummelplatz englischer Machtbestrebungen auf dem Kontinent werden. Der englische Einfluß müsse zu Gunsten der Deutschen zurückgeschritten werden. Amlichen diesen beiden Gesichtspunkten gebe es eine Reihe von Möglichkeiten, aber die eine Auseinandersetzung erfolge werde. Seine Freunde seien bereit, an diesen Fragen mitzuarbeiten.

Der Redner der Sozialdemokratischen Fraktion

führte aus: Der Reichskanzler habe die Schuldfrage aufgerollt und ausgeführt, wie er sich die Herbeiführung des Friedens denke. Diese letztere Frage sei die wichtigere. Es wäre besser gewesen, daß manches, was über die Schuldfrage erklärt worden sei, schon früher bekannt gegeben worden wäre, wie die zweite Instruktion nach Wien, die das russische Märchen zerstöre, daß Russland der anaergetische Teil gewesen sei. In allen Ländern wachse der Gedanke,

es müsse nun ein Ende des Krieges werden.

Mit Recht habe der Kanzler gesagt, der Schrei, daß in Zukunft Kriege durch internationale Verträge verhindert würden, sei so groß, daß er schlechlich einen Erfolg haben müsse. Wir hätten früher die Schiedsgerichtsidee zu sehr ein bogatello behandelt gegenüber der Vereitung, die ihr in Frankreich und England beigelegt worden sei. Der Kanzler habe die Bestürzung ausgesprochen, daß England eine Friedenskoalition nur wieder allein auf englische Bedürfnisse zuschneiden würde. Trotzdem sei das Prinzip als richtig anzuerkennen. Wichtig sei, daß der Kanzler niemals eine Annexion Belgiens verlangt habe. Es dürften aber Belgien auch niemals unehrenhafte Bedingungen auferlegt werden, die eine Verständigung hindern würde. Das Reichinteresse verlangt nicht, daß wir Belgien militärisch, politisch und wirtschaftlich in der Hand behalten. Es sei ein gutes Programm, daß wir uns an die Spitze einer Koalition stellen wollten, die den Krieg verhindern solle. Das Deutsche Reich führe einen Verteidigungskrieg.

Keinen Eroberungskrieg.

Daß der Reichskanzler in früheren Reden die Tapferkeit der Franzosen gelobt habe, habe gut gewirkt. Es sei zu hoffen, daß er noch über seine heutige Rede hinaus die Friedensbereitschaft Deutschlands erkläre, dann würden die feindlichen Völker ihren Regierungen die Schuld an der Weiterführung des Krieges geben.

Der Vertreter der Konservativen Partei

erklärte, was der Kanzler über die Kriegsausichten gesagt habe, sei überzeugend und wert, im In- und Auslande verbreitet zu werden. Unsere Feinde, die sich auch durch unüberlegte Taten nicht überzeugen lassen wollten, würden es auch nach diesen Ausführungen nicht tun. Für den Frieden sei keinesfalls wohl nicht die Aufstellung über die Ursachen des Krieges entscheidend, sondern die Machterstellung, die wir uns ertragen hätten. Was den internationalen Wunsch zur Erhaltung des Friedens betreffe, so könne er dem Vordröner nicht beistimmen, daß wir im Haag uns zu wenig aufstimmend zu diesen Ideen verhalten hätten. Es sei notwendig gewesen, die Vorbehalte offen auszusprechen. Wenn man meine, das habe die Feindseligkeit gegen uns erhöht, so könne er dem nicht zustimmen. Die Feindseligkeit habe die anderen, kalamitlen Gründe geschäft, bei England in dem Entschluß, uns nicht hochkommen zu lassen. Wie die Dinge heute liegen, so könne er dem Gedanken beistimmen, daß auch wir nach dem Kriege ehrlich versuchen müßten, an internationalen Friedensabmachungen mitzuwirken. Der Weltkrieg allerdings, den Grey in dieser Beziehung machte, sei als solcher nicht ernst zu nehmen. Wenn Grey von idealen Bedingungen zur Erhaltung des Friedens spreche, so meine er das englische Ziel, einen Bund zu schaffen, der Deutschland politisch isoliere, militärisch vernichte und wirtschaftlich korrumpiere. Ein Bund mit dem Ziele, Friedensstörer im Jume zu halten, sei erstrebenswert; entscheidend für die Erreichung dieses Zieles werde letzten Endes die Machterstellung sein, die wir uns in diesem uns aufzunehmenden Verteidigungskriege erkämpfen. — In diesem Zusammenhang stehe auch die Erörterung des

Wunsches über Polen.

Seiner Jwed edliche Redner darin, daß Polen den Anstich an die Zentralmächte erhalte. Er könne vielleicht nicht in dem Maße, wie die Vordröner, die Freiheit zumächeln, ob dies Ziel erreicht werden würde, und es der letzte Augenblick der richtige gewesen sei, um diesen Teil der Friedensverhandlungen voranzuschreiten. Er lese jetzt weniger Wert auf die Erörterung dieser Jweife, sondern er sei gewillt, mit den vollenbeten Tatsachen zu rechnen und das Hauptgewicht auf die Frage zu legen, wie weiter verfahren werden solle. Über Belgien stehe er im entscheidenden Gegensatz zum Redner der Sozialdemokratischen Fraktion, der lediglich das negative Ziel ausgesprochen habe, daß wir auf jeden Einfluß verzichteten. Es sei direkt eine Utopie, wenn der Redner von Entlassungen solcher Beschlüsse auch bezüglich der Ausübung alles dessen, was wir militärisch mit unserem Blute erzwungen haben, sich einen allseitigen Einfluß auf die Beendigung des Krieges verspreche. Mit dem Zentrumredner sei er einverstanden darin, daß wir folgen müßten. Belgien nicht wieder als ein Einfallstür auszunutzen zu lassen. Er sei aber auch dafür, das Land als eine Stütze unserer Reichspolitik für See nutzbar zu machen. Wie wichtig das sei, habe unser jünger Vorkrieg in den Kanal bewiesen. Auch jählichem Verzicht Frankreichs gegenüber Däne er nicht zustimmen. Mit dem Zentrumredner wünsche er, der Kanzler würde positiv erklären, daß mit der Ablehnung der Annexion doch die Berücksichtigung dieser Gesichtspunkte verbunden sein müsse.

Ein Redner

der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft

führte aus: Am wichtigsten seien die Ausführungen über den Frieden, und er möchte den Geh unterstreichen, daß wir an jeder Koalition teilnehmen würden, die den Frieden sichern. Grey habe niemals den Gedanken ausgesprochen, daß Deutschland boykottiert und vernichtet werden solle. Im Gegenteil, er habe dies wiederholt abgelehnt. Was der Vordröner wolle, sei, daß Belgien zu einem Vallenstaat werde. Wenn wir solche Programme aufrecht erhielten, würden wir nie Frieden bekommen. So lange der Kanzler keine positiven Erklärungen abgebe und gegen die Annexionisten nicht protestiere, bleibe der Eindruck bestehen, daß er ihnen zustimme. Über die Schuldfrage zu sprechen, habe nicht viel Zweck, weil man doch niemand überzeuge. Wenn man volle Klarheit schaffen wolle, müße man die gesamten Verhandlungen zwischen Deutschland und Österreich veröffentlichen. Der russische Mobilisierungsbefehl von 1912 ist ein

higes Dokument, das mit den Erklärungen des russischen Kaisers, es sei nicht gegen Deutschland mobilisiert, im Widerspruch stehe. Redner geht lobend des näheren auf die Ereignisse kurz vor Ausbruch des Krieges ein.

Der Vertreter der Reichspartei

erklärte, daß auch die Rechte und die Wirtschaftverbände nie den Standpunkt der Annexion vertreten hätten. Durch unsere Politik in Belgien, besonders gegenüber den Flamen, haben wir bewiesen, daß wir Verständnis für die Bedürfnisse des Landes haben. Wir wollen die Sicherheit, daß wir nicht in wenigen Jahren neue Opfer bringen müssen. Die französische Sozialdemokratie wolle Elsas-Vohringen haben, stelle also uns „unehrenhafte Bedingungen“. Die Nation werde dankbar sein, wenn sie erfahre, daß wir alle eine künftige Schutzwehr verlangen. Wenn wir uns 1914 auf Schiedsgerichtsverhandlungen eingelassen hätten, hätten wir den Wegern, die erst 1916 losgeschlagen wollten, Zeit gelassen, ihre Rüstungen zu vollenden.

Ein Mitglied der

Sozialdemokratischen Fraktion

führte aus, hinsichtlich der russischen Mobilmachung sei es gut, nicht nur das Augenmerk auf die russische Totalmobilmachung, sondern auch auf die schon vorher fortschreitenden, sich erweiternden Teilmobilmachungen zu richten. Seit dem 25. Juli 1914 wurde in Russland mobilisiert, zuerst die drei Armeen, dann als Antwort auf die Mobilisierung von acht österreichischen Korps gegen Serbien, jedoch aber die unvollständige Teilmobilisierung in den nächsten Tagen auch in den nördlichen und westlichen Bezirken. Dafür liegen auch dem Bericht des belgischen Gesandten in Petersburg, der im deutschen Weisbuch enthalten ist, auch wertvolle Kenntnisse aus der Presse der Entente-Länder vor. So telegraphierte der Petersburger Berichterstatter des „Temps“ am 29. Juli: „Die Mobilisierung schreitet in Kiew, Odessa, Wilna (1), Warschau (1) und Petersburg fort. ... Unpünktliche postieren Warschau alle Viertelstunden.“ Am gleichen Tage berichtet Reuters: „Ein Zeichen dafür, daß die ganze, umfangreiche militärische Maschine, die in Bewegung gesetzt wird.“ Und am 30. Juli telegraphiert der Korrespondent des „Daily Chronicle“, Gerald Williams, aus Petersburg: „Der Befehl für die partielle Mobilisierung ist als Antwort auf die österreichische Kriegserklärung gegeben. Tatsächlich ist sie absolut und allgemein. Die Reservisten in den nördlichen Bezirken sind ebenfalls zu den Waffen gerufen.“ Sodann erzählt er die wachsende Unruhe in Frankreich in jenen Tagen. Man sah die sich von Osten heranziehende, von Tag zu Tag an drohender Ausdehnung zunehmende Wolke. Aus dieser Situation begriff sich dann auch die an sich sehr bedeutende Bewilligung im „Kölnanzeiger“.

Ein polnisches Mitglied der Kommission sprach sich gegen jede Annexion aus.

Der Reichstuch legte nachmittags seine Beratungen fort und endierte auch eingehend die politische Frage.

Der Reichshausauschuss hat beschlossen, über seine gesamten Verhandlungen einen amtlichen Bericht zu veröffentlichen. Der Reichskanzler hat noch über die Polensfrage gesprochen und sich wiederholt an der Aussprache beteiligt.

Politische Uebersicht.

Das preussische Staatsministerium und die Polenfrage. Die „Nordd. Allgem. Ztg.“ schreibt: Ein Berliner Blatt hat die Behauptung aufgestellt, das preussische Staatsministerium habe von dem polnischen Plane der Reichsteilung erst amtlich, als schon alles festgestanden hat, erfahren. Wir stellen fest:

Das Staatsministerium ist selbstverständlich gehört worden und zwar in jedem Stadium der Verhandlungen und vor der fassend endgültiger Entschlüsse. Es hat das gesamte für und Wider zu wiederholten Malen durchgesprochen und sich auf den Boden der mit der kaiserlichen Rundgebung eingeleiteten Politik gestellt.

Die Angriffe kommen wieder aus dem bekannten Lager der Kanzlerfronde.

Die Forderung des österreichischen Reichsrats. Nach einer Wiener Meldung der „Voll. Ztg.“ hat sich Dr. v. Koerber dahin geäußert, daß der Reichsrat Ende Februar oder Anfang März zusammenzutreten dürfte. — Februar oder März!

Österreichische Parteifragen. Wiener Blättern zufolge hat die deutsche Arbeitsgenossenschaft im Reichsrat beschlossen, gegenüber dem Ministerium Körber eine freundlich zumwartende Haltung einzunehmen. Ferner haben sich die beiden Klubs der ruzigenen Abgeordneten aus Galizien zu einem Klub zusammenschlossen, der den Namen „Ultranische parlamentarische Vereinigung“ trägt. Jann Domann wurden Romanow, zu Stellvertretern Petrusiewicz und Vajinski gewählt.

Die Zahnplage im Grete. Der Reichstag hat in einer seiner letzten Sitzungen betreffend Zahnplage im Grete beschlossen:

„Den Herrn Reichskanzler zu eruchen, denselben mehr als bisher, nämlich im Rahmen der Reichsversicherungsordnung zur Behandlung der Greteangehörigen zuzulassen.“

Die Reichstagswahlwahl in Köln. Der Reichstag der Sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten Poserichter ist auf den 5. Januar festgelegt worden.

In Köln wurden bei den Reichstagswahlen im Jahre 1912 abgegeben 18 866 sozialdemokratische, 17 343 Zentrum und 7164 nationalliberale Stimmen. In der Stichwahl siegte Poserichter mit 26 635 gegen 22 414 Zentrumstimmen. Es verläutet, daß das Zentrum, nachdem der allgemeine Bürgerfrieden bei der bevorstehenden Reichstagswahlwahl in Ostsch-Grimma einmal gebrochen ist, in Köln eine eigene Kandidatur aufstellen will. Die Stadt Köln war bis zum Jahre 1912 eine Hochburg des Zentrums, die seit 1896 ununterbrochen vom Justizrat Trimborn im Reichstage vertreten wurde.

Gewerkschaftliches.

Der Streik im Holzgewerbe. Der Städtekonferenz des Deutschen Holzarbeiterverbandes, die am Dienstag in Berlin zusammentrat, mußte laut „Vormärts“ berichtet werden, daß mit der Wahrscheinlichkeit des Scheiterns der Verhandlungen oerrednet werden müßte, die am Dienstag im Reichstag des Innern über die Verlängerung der Tarifverträge begannen. Am Mittwoch wurden die Verhandlungen im Reichstag des Innern fortgesetzt. Ein endgültiges Resultat wurde noch nicht erzielt, doch berechtigten die bisherigen Ergebnisse zu der Hoffnung, daß eine Verständigung erreicht wird. In wichtigen Punkten sind die Parteien einig. Heute werden die Verhandlungen fortgesetzt.

Meine Breslauer Nachrichten.

Der Verein der Kaninchenzüchter für Breslau und Umgebung hielt am Dienstag im Hohenzollernpark seine Mitgliederversammlung ab.

Bulgarianische Kriegsbilderausstellung im Kaufgewerbe-Museum. Die bulgarische Kriegsbilderausstellung, die im Kunstgewerbemuseum, Braunsplatz 14, zum Besten des bulgarischen Roten Kreuzes veranstaltet wird, gibt zum ersten Mal Gelegenheit, die Führer des bulgarischen Volkes und Heeres, deren Namen man in den Heeres- und Zeitungsbildern so oft gelesen hat, in lebensgroßen Bildern zu sehen.

Theater, Soubrette und Vergügungen. Stadt-Theater. Heute abend 7 1/2 Uhr: 'Carmen'. Morgen abend 7 1/2 Uhr: 'Die verkaufte Braut'.

Die Ausgabe der Abonnementskarten für das nächste Abonnement des Thalia-Theaters, giltig für die Monate Dezember, Januar, Februar, findet täglich an der Kasse des Thalia-Theaters von 10 bis 2 Uhr statt.

Operette 'Der liebe Augustin'. Sonntag nachmittag 2 Uhr: 'Der liebe Augustin'. Montag, Das Dreimäderhaus. Dienstag 'Die Gjakdasfürstin'.

Breslauer Orchester-Verein. Am Montag, den 13. November, abends 8 Uhr, findet das dritte der vollständigen Symphonie-Konzerte statt.

Fantastischer Detektiv-Roman. Der Mann ohne Kopf. Stürmische Nachschalen erweckt die humoristische Lastererische. Großes Interesse rufen die neuesten Kriegsberichte und prachtvolle Naturaufnahmen hervor.

Edentat. Der Fall Grehn betitelt sich der Kriminalfilm, der im neuen Spielplan vorgeführt wird.

Schlesien und Posen.

Strehlen, 10. November. Der Vater zu Tode gerügt. Der Invalide Reimann von hier, der vor einigen Wochen, aus dem Felde heimgekehrt, seinen hier wohnenden Vater mit einem Knüttel solange egyptelt hatte, bis er tot war, wurde vom Schwurgericht in Breg zu fünf Jahren Zuchthaus und fünf Jahren Ehrverlust verurteilt.

Gartz, 10. November. Stadtrat Herzog hier, wurde zum Bürgermeister in Merseburg gewählt.

Seuthen DE., 10. November. Ein von Fiebern sehr gequälter Artikel sind jetzt wegen der hohen Lebenspreise und des Lebensmangels die Treiben in den Fabrikanlagen. Fast jeder Tag bringt Meldungen, daß dort oder dort die Treibereien gemauert wurden.

Hindenburg, 10. November. Aktion! Die Parteigenossen werden auf die am Sonntag, den 12. November, im Generalkongress stattfindende Mitgliederversammlung des Sozialdemokratischen Vereins aufmerksam gemacht.

Hindenburg, 10. November. Drei Betriebsopfer. Nicht weniger als drei Arbeiter sind in der Anschlag ihres Be-

am Montag in Vertwert zu Tode gekommen. Unter diesen befindet sich auch der achtjährige Arbeiter Janikowski. Er kam bei der Begang von Dampfleitungsrohren in der mechanischen Werkstatt mit einem Rohr der Starkeinstromleitung zu nahe.

Briefkasten.

Sandherrmann H., Oden. Wir haben Ihre Adresse zum Abschied des Weihnachtspakets Herrn Stadtrat D. Fügner, Ritterplatz 1, abgegeben.

Kranz H., Reuthenstraße. Diese Frage! Wenn die Kriegsunterstützung erhöht wird, was wird Sie für das ganze Reich erhöht und für alle Kriegserfahren, auch für Sie.

Antiff. B. Aufwandsentschädigung wird nur gezahlt, wenn zwei oder drei Söhne sechs Jahre aktiv gebient haben und ein dritter oder vierter Sohn noch zur Zeit aktiv dient.

Beschiedene Anrufer. Für alle Versprochenen in Ost und West in Rajebonien, Bredeal und der Dobrabicha gilt für Liebesgabenpaketaufträge die Adresse des Herrn Stadtrat Fügner, Breslau, Ritterplatz 1.

H. A. D. Das Gesetz sagt, die Eltern des Eingezogenen erhalten die Kriegsunterstützung, wenn die Mutter oder der Vater zum Eingezogenen vorher unterhalten wurde oder das Unterhaltsbedürfnis erst nach dem Dienstfeintritt hervorgetreten.

A., Märzdorf. Die Kriegsbeschädigten, die Anspruch auf die Zusatzrente erheben, sollen sich an die Behörde wenden, von der sie den Rentenbescheid erhalten haben.

H. S. Wir werden Ihre Adressen an Stadtrat D. Fügner in Breslau I, Ritterplatz 1, weitergeben; er ist für die Weihnachtspakete an die Soldaten aus Breslau zuständig.

Selbstpächter gingen ein: Pion. G. Wittner, Aug. Gawor, P. Rofe 335, Junitia, Fr. Hübler Regt. Nr. 2, J. Romad, H. P. R. Westen b. 31. 12. bez., J. R. Sch., Bedmann 352 bis 11. 2. bez., M. G. 8/38 bis 28. 11., Antf. Kolobzib bis 31. 12., Antf. Bernhardt b. 31. 12. bez., Wagojisch Gern bis 7. 1. 17.

Der Wasserstand der Oder.

Table with columns for location (Weißer, Spree, etc.), date (10. 11.), and water level (meters above/below normal). It lists various stations along the Oder river and their current water levels.

Bersammlungen u. Vereine

Sozialdemokratischer Verein Hindenburg. Am Sonntag, den 12. November nachmittags 4 Uhr, findet im Schwerdtfischerhof, Garsenstraße 27, eine Mitglieder-Bersammlung statt.

Sie brauchen nicht mehr Anstellung von dem Milchigen werden haben. Die letzten Jochen die Milch bis in Ihre Wohnung. Bestellungen, gegen Vorlegung der Milchkarte, nehmen wir noch entgegen.

Arbeiter-Gesundheits-Verein. Seit 6. Des. 1910. Seit 7. Schicksalsbericht und Gesundheitsberichte. Seit 8. Wirkung und Ernährung. Seit 9. Wie fallen wir aus? Seit 10. Der Arbeitstag. Seit 11. Die Arbeitstag. Seit 12. Die Arbeitstag.

Arbeitsmarkt. Die Besorgung der Stützblätter für Arbeiter. Am Montag, den 13. November, abends 8 Uhr, findet eine öffentliche Bersammlung statt.

50 Jahre Vaterländischer Frauenverein. Deutsche Frauen, Deutsche Männer, Deutsche Jugend. Jubiläumsspende. Die am 11. und 12. November in allen Häusern Breslaus eingesammelt wird. Der Ertrag bleibt unserem Breslauer Zweigverein zur Verwendung für seine vielen und großen Aufgaben.

Gewinnauszug der S. Preussisch-Preussischer Klassenlotterien (234. Königlich Preussischer Klassenlotterie). 5. Klasse 2. Ziehungstag 8. November 1916. Auf jede zugeogene Nummer sind zwei gleich hohe Gewinne gefallen.

Benno Schenk. Das Suppen! Das Suppen! Gerichte. Benno Schenk. Das Suppen! Das Suppen! Gerichte. Benno Schenk. Das Suppen! Das Suppen! Gerichte.